

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro Spaltene Beitzelle 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

### Inhalt.

**Hungerleiden und Verschwendung.** — Reichtum und Arbeit. — Christlich-zentrumpolitisch-reaktionäre Arbeiterführer an der Wahl- und anderer Arbeit oder die sittliche Verklumpung christlicher Agitationsmethoden im Münsterlande. — Eine Hungerperiode im Eulengebirge. — Die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen und die Kolleginnen. — Der siebente Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1909 (I). — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Soziales. — Volkswirtschaft. — Gesundheitswesen. — Gerichtliches. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — **Feuilleton:** Fachgewerbliche Rundschau.

### Hungerleiden und Verschwendung.

Am 7. November 1911 hat der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller in Berlin eine Sitzung abgehalten, in welcher anwesend waren: Landrat a. D. Nötger, Dr. Schieß vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat in Essen, Geheimrat Servaes aus Dürrot, Geheimrat Eugen Berg, der ehemalige Generalsekretär des Zentralverbandes, Bueck, Geheimrat Ravené, Geheimrat Oberregierungsrat Hoffmann vom Ministerium für Handel und Gewerbe, Regierungsrat Aurin vom Reichsamt des Innern, Abg. Freiherr v. Bedlich, Generalleutnant von Schubert, Abg. Dr. Beumer aus Düsseldorf, Abg. Girsch aus Essen, Geheimrat Goldberger, Geheimrat Professor Flamm von der technischen Hochschule Charlottenburg, Kommissionsrat v. Vorfisig u. a.

Natürlich bestand der Hauptgegenstand der Tagesordnung wieder in der Verunglimpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und in der Wiederholung des Verlangens, die um etwas mehr Licht, Luft und Lebenssonne kämpfende Arbeiterklasse durch brutale Gewaltmaßnahmen des Staates niederzuerwerfen, damit ihr die kartellierten Kapitalisten die Ausbeutungschraube noch weiter wirksam ansetzen können. In dem Geschäftsbericht des Herrn Regierungsrats Schweighofer wurden alle Vorteile, die geeignet sein könnten, die Differenzen im Arbeitsverhältnis auf friedliche Weise zu erledigen, sorgfältig verstopft. Von Einigungsämtern wollen die Herren nichts wissen; nur Gewalt, Anwendung brutaler Gewalt ist das A und O ihrer Politik. Es heißt in dem Geschäftsbericht darüber: „In erhöhtem Maße hat das Anwachsen der Ausstandsbewegung das allgemeine Interesse wieder auf die Frage des Koalitions- und des Streikrechts gelenkt, und es zeigt sich hier angesichts des immer rücksichtsloser werdenden Terrorismus der Streikenden, die Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes der Arbeitswilligen immer dringender geboten. Das Direktorium des Zentralverbandes ist auch in diesem Sinne bei den zuständigen Behörden vorstellig geworden, und seinem Beispiele ist auch der Bayerische Industriellenverband gefolgt. Der Richterstaater meinte sich nun der Frage der Lohnämter zu und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß dem Vernehmen nach, die Regierung nicht mehr an ihrem ursprünglichen Standpunkte festhalte, den sie seinerzeit dem Reichsausschuss gegenüber bei Beratung der Einführung von Lohnämtern mit der Befugnis der Festsetzung rechtsverbindlicher Lohnsätze entschieden abgelehnt habe. Ein solches Entgegenkommen gegenüber einer der wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen müsse aber eine Erschütterung der Grundtendenzen bedeuten, auf denen unsere gesamte heutige Wirtschaftsorganisation aufgebaut ist.“

Nun ja, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation bestehen in der schrankenlosen Ausbeutung der Kraft der Arbeiter, in einer Ausbeutung, die geradezu zu einem Raubbau an der Kraft des arbeitenden Volkes geworden ist. Die Großindustriellen sind die Verbündeten der Brotwucherer, sie sind mit verantwortlich für die gegenwärtige Notlage des arbeitenden Volkes, und trotzdem scheuen viele von ihnen nicht davor zurück, in dieser schweren Zeit den Arbeitern noch die Löhne zu reduzieren. Darf man sich denn da noch wundern, wenn die Streikbewegung zunimmt? Hier gilt in der Tat der Wahrspruch der Landtsnechte: „Hundsstot, wehr Dich!“ Die Arbeiter müßten wirklich Hundsfütter sein, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen würden. Während die Arbeiterkraft zum großen Teil Hunger leiden muß, muß sie zusehen, wie die spanische Kapitalisten Vermögen zu Vermögen häuft und wie man in einer geradezu tollen Verschwendungssucht ganze Vermögen nur so hinauswirft.

In Aachen, wo man jetzt den Textilarbeitern, die infolge Arbeitsmangel ohnehin monatelang nur geringen Verdienst hatten, beginnt, die Löhne zu reduzieren, versteht die besitzende Klasse sehr gut, die Wohlhabenheit zu demonstrieren. Die Textilarbeiterkraft daselbst leidet zum großen Teile bittere Not; davon sah man allerdings am 4. November d. J., als der Kaiser in Aachen war, nichts. Der Kaiser hat natürlich nichts erfahren von den Nahrungsorgen, mit denen der erblichste Teil der Aachener Einwohnerschaft dank der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation geplagt wird. Er ist sicher durch die Art, wie ihn die Aachener Bourgeoisie empfangen hat, in der Ansicht bestärkt worden, daß der Nationalwohlstand Deutschlands bis in die letzte Hütte Aachens hineinreicht. Nicht weniger wie 50 000 Mark wurden verwandt für die Ausschmückung der Straßen. Aber auch für die Stärkung des Magens war gesorgt. Diese Wagenfartung sah folgendermaßen aus:

Beluga-Malossol  
Kupferberg Gold  
Kraftbrühe

1906er Erdener Herrenberg, Wachstum J. Schwab  
1907er Gallgartner Gendelsberg, Cresc. Engelmann

1906er Le Gamaeu du Pape  
Seezunge auf normannische Art  
1906er Brauneberger Auslese, Wachstum Frhr. v. Schorlemer  
Kammruden mit Trüffel  
1904er Riersteiner Flaschenhalle Riesling Auslese  
Krammetzbrühe mit frischer Gänseleber  
1899er Chateau Haut Brion Grand Vin  
Artischokenböden mit Sauerampfer  
Geißled. La Grande Marque de l'Empereur. Rose  
Ananaspfeife  
Käsestangen  
Früchte  
Aachener Printen  
Mokka

Als der Kaiser ein halbes Jahr vorher in Köln war, da wurde von der Kölner Bourgeoisie noch weit mehr Verschwendung getrieben. Die Stadtverwaltung Köln hatte Geld wie Heu, um zum Empfang des Kaisers zu prunken. Im Stimmjahle des Bürgermeisters wurden nach dem Bericht der „Heinischen Zeitung“ für den Kaiser und seine Frau eigens zwei Marmorlosets gebaut, die nicht weniger, denn 40 000 Mark kosteten und die nach der Abreise des Kaisers sofort wieder abgerissen wurden. Der Kaiser war nur fünf Stunden in Köln zu Besuch und zu diesem Besuch hat die Bourgeoisie Kölns nahezu eine Viertelmillion Mark für luxuriöse Zwecke aufgewendet; die Stadtverwaltung hatte 100 000 Mk. ausgeworfen, die nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters „nicht ganz“ verbraucht worden sind.

Ende vorigen Monats hatte die Kaiserin ihren Geburtstag. Es wird selbstverständlich niemand etwas dagegen haben, wenn sie an diesem Tage mit Gratulationen beehrt wurde. Unsere Bourgeoisie kann aber selbst bei solcher Gelegenheit ihre Verschwendungssucht nicht zügeln. Ein Berliner Korrespondenz vom 24. Oktober 1911 wußte zu melden, daß die Blumen, die der Kaiserin zu ihrem Geburtstage dargebracht wurden, sich durch besondere Schönheit und Kostbarkeit auszeichneten. Ein fast mannshoher Auffas von großen Orchideenzweigen, den eine Dame, die bei Hofe verkehrt, überhandt hatte, kostete allein 3000 Mk. Ein weißplattierter Hohlkorb mit hellroten Rosen von wundervollem Duft kostete 300 Mark. Herrlich war auch ein Korb mit 180 großen weißen und violetter Nelken, die ebenfalls einen köstlichen Duft ausstrahlten; jede Nelke kostete 3 Mk. Es sind der Kaiserin diesmal für mindestens 50 000 Mk. Blumen überreicht worden.

Ja, ja, unsere Bourgeoisie ist nicht kniderig nach oben, um so mehr aber nach unten. Kommen die Arbeiter und verlangen etwas mehr Lohn, so wird sofort gezetert über die „Verschwendungssucht“ der Arbeiter; da weist man auf den oft nicht einmal vorhandenen Splitter im Auge des Arbeiters hin, den großen Balken im eigenen Auge sieht die Bourgeoisie aber nicht.

Am 7. September 1911 brachte der „Vorwärts“ eine Betrachtung über eine Gerichtsverhandlung vor dem Berliner Landgericht. Darin wurde gesagt:

„In einem Berliner Sensationsprozess kam dieser Tage zur Sprache, daß der Jüngling, um den sich bei dieser Prozesssache alles drehte, ein Student, jahrelang von seinem Vater einen monatlichen „Besohel“ von zweitausend Mark bezogen hatte. Man bedenke — ein Mensch, der durch den Reichtum seines Erzeugers zwar schon als Knabe flügte, aber noch nicht majorem geworden war, erhält jeden Monat eine Summe in den Schatz geschüttet, von der eine köpferiche Arbeiterfamilie ein ganzes Jahr leben soll! Und als dummer Junge, als Schüler hat er sicher schon mehr an Taschengeld zur Verfügung gehabt, als ein Familienvater zum Unterhalt seiner ganzen Familie braucht!“

Auch in dem Prozess gegen den Grafen Wolf-Metternich sagte ja ein Zeuge aus, daß 15jährige Studenten in Bonn monatlich bis 300 Mk. Taschengeld bekommen. Das ist eine Summe, die viele Textilarbeiterfamilien kaum für drei Monate zum Leben unterhalten können. Uebrigens brachte jener Prozess auch einige Details darüber, wie man heute leicht Aufsichtsratsmitglied in Aktiengesellschaften der Textilindustrie werden kann. Auch der Graf Wolf-Metternich, ein aristokratischer Geldverschwender erster Klasse, war nahe daran, Aufsichtsratsmitglied einer Aktiengesellschaft der Textilindustrie zu werden. Und solche Posten werden anständiger bezahlt wie die Arbeit an den Maschinen. Dafür wissen auch die Aufsichtsratsmitglieder meist gar nicht, worin ihre Arbeit besteht. Der Graf Wolf-Metternich rechnete aus diesem Aufsichtsratsposten auf ein jährliches Einkommen von mindestens 12 000 Mk. Da sehen die Textilarbeiter, wo der von ihnen ersundene Mehrwert hinwandert. Und 12 000 Mk. Aufsichtsratslöhne ist durchaus nicht einmal die höchste Löhntieme.

Der Jahresbericht der Berliner Steuerdeputation von 1910 verzeichnet 1256 Millionäre in der Reichshauptstadt. Der reichste von ihnen versteuert ein Vermögen von 43 Millionen Mark, dann folgen zwei mit je 40 Millionen Mark und einer mit 35 500 000 Mark usw. Die Firma Krupp in Essen erzielte im Jahre 1910 einen Reingewinn von 27 375 000 Mk.

Die Tochter des amerikanischen Millionärs Morsini ist bei einer Zusammenstellung ihrer Toilettenausgaben zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Frau, die sich nur „halbwegs elegant“ kleiden will, auch bei größter „Eparfamkeit“ mindestens eine halbe Million Mark jährlich aufwenden muß. „Das ist gar nicht viel“, schreibt sie naiv, „man braucht wenigstens 100 Toiletten im Jahre, für die man wenig gerechnet, 4000 Mark für das Stück anlegen muß. Dazu kommen 50 Paar Schuhe und Stiefel, 150 Spitzenäschentücher, die mindestens 15 Mark kosten. Für Wäsche muß man, beiseiten gerechnet, 60 000 Mk. rechnen; bei den teuren Wespereisen wird man mit 25 000 Mk. im Jahre für Pelze nur knapp auskommen. Man braucht täglich mindestens ein Paar Handschuhe, das 12 Mk. kostet.“

Die Einrichtung des Schlafzimmers des amerikanischen Milliardärs Verkes kostet 1 200 000 Mk.

Das Schlafzimmer des Milliardärs Marchand hat alles in allem rund 3 Millionen Mark gekostet! Für das Bett allein sind 760 000 Mark angelegt worden, die übrigen Möbel kosteten 1 060 000 Mark.

Und nun die andere Welt, die Welt des Hungerleidens. Im März 1911 brachten die Zeitungen folgende Mitteilung: „Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Güterbahnhof Jüterbog zugetragen. Die in Jüterbog wohnhafte, von ihrem Ehemann verlassene Frau Krause war durch Krankheit in bittere Not geraten. Sie besah seit einigen Tagen nicht mehr das geringste Quantum Brennmaterial, aber auch kein Geld, sich solches zu kaufen. Die Notlage der Mutter veranlaßte ihre zehnjährige Tochter, auf den Güterbahnhof zu gehen, um dort herabgefallene Kohlen zu sammeln. Hier glaubte sich das Mädchen von einem Bahnbeamten beobachtet und wollte sich hinter einem Güterzuge verstecken. Dabei stolperte die Kleine R. über die Schienen und kam zu Fall. Ehe das Kind sich erheben konnte, setzte sich der Zug in Bewegung, die Räder eines Waggons gingen dem bedauernswerten Mädchen über die Beine hinweg, die unterhalb der Knie glatt abgetrennt wurden. Die Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, wo sie in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.“

Ein Musiker aus Dortmund hatte für sich die Ausstellung eines Wandergewerbescheines beantragt. Vom „Vertreter des öffentlichen Interesses“ wurde die Ausstellung verweigert, weil der Musiker „im Inland keinen Wohnsitz“ habe (§ 57a der Gewerbeordnung). Der verheiratete Musiker hatte in Dortmund eine Wohnung von 2 Zimmern inne. Nun besteht aber die Familie aus — 7 Köpfen, Mann, Frau und 5 Kindern, für die nur 2 Betten vorhanden sind. Die Behörde hielt diesen Zustand für „ungehörig“ und die Wohnungsverhältnisse nicht den Begriffen eines festen Wohnsitzes entsprechend. Der Musiker beging die neue „Ungehörigkeit“, beim Bezirksauschuss zu klagen. Als die Frau in der Sitzung gefragt wurde, warum sie keine größere Wohnung gemietet werde, gab sie an, ihr Mann sei längere Zeit krank gewesen, und die Miete für eine größere Wohnung könne nicht von ihnen aufgebracht werden. Die Frau hatte auch für sich die Ausstellung eines Wandergewerbescheines beantragt. Auch sie war von der Behörde abgewiesen worden. Der Bezirksauschuss erteilte dem Manne den gewünschten Schein, die Frau wurde jedoch wieder abgewiesen mit der weichen, aber dem Gesetz wohl nicht entsprechenden Begründung, daß in solchen Fällen die Frau im Haus bleiben müsse.

Solche Fälle, wie die vorstehenden, sind heute etwas alltägliches. Auf unseren Agitationstouren haben wir oft Gelegenheit, die Kinder unserer Kollegen die Kohlenladehäufen der Fabriken erklimmern zu sehen, um die nicht ganz ausgebrannten Schlacken zu sammeln und sie abends der Mutter zum Anwärmen des Essens zur Verfügung zu stellen. Es sind da auch schon andere Unglücksfälle wie der in Jüterbog vorgekommen. Kinder wurden von den Gassen der frisch ausgeschütteten Schlacken betäubt und durch Erstickung, ja sogar durch Verbrennen getötet. So ist es in dieser herrlichsten der Welten. Die Reichen wissen oft nicht, wie sie das Geld verschwenden sollen, und die Armen wissen nicht, woher sie die Mittel nehmen sollen, um das Nötigste zu beschaffen.

Doch die Reichen kommen jetzt den Armen immer mehr zu Hilfe; zwar nicht mit Geld, sondern mit billigen Kochrezepten. Herr Peter aus Newig's hat Schule gemacht. Der Geheimrat Dr. Karl Gentschel in Cassel, ein Mann mit einem Vermögen von 50 Millionen Mark und einem nach Millionen zählenden Jahreseinkommen, hat dazu beigetragen, daß den Mühseligen und Beladenen wieder etwas Daseinsfreude gelehrt werde. Ihm haben wir nach dem „Volksblatt“ in Cassel die Entfaltung eines Buches zu danken, welches den Titel trägt: „Der gute Ratgeber für jeden Tag“ und das von einer Frau Julie Bredinghaus verfaßt wurde. Frau Julie hat da ein Werk vollbracht, von dem man nicht recht weiß, ob es seine Entstehung der Notlage der Arbeiter oder der Besorgnis verbannt, daß sich diese Notlage der Arbeiter zu Lohnforderungen verdichten und solcherart vielleicht auch das Einkommen des Herrn Gentschel um etliche Zehntausend Mark schmälern könnte. Jedenfalls wird man nicht von der Hand weisen können, daß diese Besorgnis vorgelegen haben kann. Denn unserer Ansicht nach hätte Frau Julie zur Verrückung der Notlage in den Arbeiterkreisen weit mehr beigetragen, die Daseinsfreude weit mehr gehoben, wenn sie dem Herrn Geheimrat den guten Rat für jeden Tag gab, den Arbeitern das Einkommen zu erhöhen, wenn auch dadurch das Jahreseinkommen um eine Million geschmälert würde. Doch Frau Julie hat es anders entschieden, sie sucht die Daseinsfreude mit „Lauem Heinrich“ zu verführen. Damit auch die Textilarbeiter Gelegenheit bekommen, an dieser Daseinsfreude teilzunehmen, geben wir einige Kochrezepte bekannt:

#### Mittagessen für vier Personen.

1 Pfund Linsen . . . . .	25 Pf.
Zwiebeln . . . . .	1 "
Suppengrün . . . . .	3 "
Fett . . . . .	5 "
Pfeffer . . . . .	1 "
1/2 Pfund Nippchen . . . . .	40 "
2 Pfund Kartoffeln . . . . .	8 "
zusammen . . . . .	83 Pf.
Schollen . . . . .	40 Pf.
Salz . . . . .	1 "
1 Eßlöffel Mehl . . . . .	1 "
Fett . . . . .	8 "
4 Pfund Kartoffeln . . . . .	16 "
Salz . . . . .	1 "
Essig, Del . . . . .	6 "
Zwiebel, Pfeffer, Salz . . . . .	2 "
zusammen . . . . .	75 Pf.

Da der 1. Mai für Klassenbewußte Arbeiter ein besonderer Feiertag ist, gibt es natürlich an diesem Tage eine besonders fette Mahlzeit:

4 Pfund Schellfisch	100 Pf.
Salz	1 "
4 Pfund Kartoffeln	17 "
Butter (III)	10 "
1 Pfund Mehl	1 "
Pfeffer, Salz	1 "
Senf, Zucker	3 "
<b>zusammen</b>	<b>1,33 Wk.</b>
1 Pfund Nieren	70 Pf.
Fett	8 "
Salz, Kartoffeln, Zwiebel	1 "
Eisig	1 "
4 Pfund Kartoffeln	16 "
Salz	1 "
<b>zusammen</b>	<b>97 Pf.</b>

Wer es kann noch fetter gekocht werden:

8 Pfund Hammelfleisch	240 Pf.
Fett	5 "
Pfeffer, Salz, Lorbeer	2 "
2 Pfund Bohnen (vom Fass)	40 "
4 Pfund Kartoffeln	16 "
Salz, Pfeffer	1 "
Fett	1 "
<b>zusammen</b>	<b>3,05 Wk.</b>

Wer freilich so geschlemmt hat, der muß am nächsten oder übernächsten Tage schon etwas sparsamer kochen:

Hammelfleisch	— Pf.
Kohl	20 "
4 Pfund Kartoffeln	16 "
Fett	5 "
Salz, Pfeffer	1 "
Kartoffeln, Schmalz	2 "
<b>zusammen</b>	<b>44 Pf.</b>

Leider ist dieser „Ratgeber für jeden Tag“ nicht nur ein Ratgeber, sondern auch ein Käsefänger. Er gibt nämlich auf das Nützlichste, wie man sich bei solchen Mahlzeiten rationell nähren und bei Kräften erhalten soll; man ist doch nicht nur, um sich zu füttern, sondern auch, und zwar vornehmlich, um sich zu nähren. Leider müssen ja heute schon viele Arbeiterfamilien sich mit Unterernährung durchschlagen. Ihnen fehlt es nicht an Kochrezepten darüber, wie man eine Mahlzeit billig herrichten kann, sondern wie man billig und gut leben kann. Wer dafür kein Rezept geben kann, schweige doch lieber, denn wie man sich billig durchhungern kann, weiß man ja gerade in Arbeiterkreisen am besten. Die Preisfrage ist: Wie kann man sich billig nähren, wirklich nähren? Darüber weiß aber auch Frau Julie nichts zu sagen. Und das ist schlimm; denn soll dem Arbeiter wirklich geholfen werden, so muß er entweder billiger einkaufen können oder mehr Lohn haben. Auf diese Weise will aber wohl die gute Frau nicht helfen.

Mit billigen Kochrezepten ist nicht einmal der kapitalistischen Produktionsweise, viel weniger natürlich den Arbeitern gedient. Die kapitalistische Warenproduktion beruht auf dem Massenverbrauch. Hauptprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation mühte es daher sein, die Lebenshaltung der großen Masse zu heben, anstatt sie durch solche billige Kochrezepte herabzudrücken. Die Möglichkeit zu dieser Hebung der Lebenshaltung ist vorhanden, es braucht nur ein gerechter Ausgleich zwischen der Verschwendung der Reichen und der Notlage der Armen geschaffen zu werden. Diesen Ausgleich zu schaffen, ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Daher wird alles Wüten und Loben der Schmarotzer der Arbeiter nur veranlassen, ihre agitatorischen Kräfte zu verdoppeln, um Schlemmereien und Hungerleiden aus der Welt zu schaffen.

### Reichtum und Arbeit.

Ein altes Sprichwort sagt: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums. Und in der Tat, wie sollte man sich ohne Arbeit irgend etwas verschaffen? Selbst die Früchte der Bäume muß man, will man sie in bestmöglichem Zustande genießen, pflücken, abgehen davon, daß der Baum auch, bevor er edle Frucht tragen kann, schon sorgfamer Behandlung bedarf. Die Früchte auf dem Felde wachsen zwar allein, jedoch mußte der Boden, auf dem sie erziehen, gleichfalls sorgsam bearbeitet werden. Doch die Arbeit ist noch mehr: die große Schöpferin aller Werte, der Fels, auf dem die menschliche Gesellschaft aufgebaut ist. Die Arbeit ist das für die menschliche Existenz unentbehrliche Element, das, was uns für die Befriedigung unserer Bedürfnisse durchaus notwendig ist. Mit einem Worte: die Arbeit ist für unser Leben eine unabwendbare Bedingung, ohne welche in dieser Welt für uns nichts sein könnte. Stellen wir uns vor, was aus der menschlichen Existenz werden sollte, wenn eines schönen Tages niemand mehr die Kohle aus dem

Schacht heraufschaffen würde, was die Folgen sein würden, wenn plötzlich Fleischer und Bäcker verschwänden, oder wenn es keine Weber, keine Schneider, keine Schuhmacher mehr gäbe. Die Hären, deren Fell früher unseren Vorfahren als Kleidung diente, sind nicht sehr zahlreich, und im übrigen wäre ihr Fell ja auch nicht ohne Arbeit zu erlangen, denn auch die Jagd ist eine Arbeit, sogar eine nicht wenig anstrengende; wir mühten also, wenn wir uns mit Wäzenfell bedecken wollten, entweder Jäger haben oder selber Jäger sein. Eine Massenauswanderung in die Tropen wäre auch kein Heilmittel angesichts der völligen Unmöglichkeit, in diesen Gebieten genug Lebensmittel zu finden. Welche allgemeine Not würde entziehen, wenn das eine oder das andere zu fehlen begänne! Ohne die Arbeiter, die mit ihren fleißigen Armen nützliche Werte schaffen und die Grundstoffe in für das Leben unentbehrliche Dinge umwandeln, würde die menschliche Gesellschaft zum Untergange verurteilt sein.

Wenn die Arbeit die Quelle aller Werte und die Grundbedingung alles Lebens ist, so sind diejenigen, welche die Arbeit leisten, die Träger der Arbeitskraft, die Arbeiter und Arbeiterinnen, folglich die nützlichsten und unentbehrlichsten Glieder der großen menschlichen Familie. Ihnen mühte die größte Achtung entgegengebracht werden, sie verdienen es am meisten, an jeder möglichen Befriedigung, an jedem möglichen Genuß teilnehmen zu können, die Lebensbedingungen verbessert zu sehen, verdienen, daß die Würde der Arbeit in höchstem Maße anerkannt würde. Doch was sehen wir? Wie werden diese wichtigen Elemente menschlichen Wohlstandes behandelt? Sie werden nur von oben herab angesehen, als die niedrigste Sorte Menschen betrachtet, für die man meist nur Spott und Verachtung hat, manchmal sogar — und gar nicht mal so selten — Beschimpfung und selbst Verfolgung, namentlich dann, wenn der Arbeiter, sich seiner Würde bewußt geworden, sich gegen das ihm angetane Unrecht auflehnt.

Hier und da beginnt man freilich, den großen Nutzen des Arbeiters anzuerkennen, betrachtet man ihn nicht mehr als ein notwendiges Uebel. Das ist aber auch ziemlich alles Gute, das man ihm angedeihen läßt. Überall wird er im Verhältnis zu seinen Leistungen und dem Gewinn, den seine Leistungen seinem Anwender bringen, schlecht bezahlt. Man wirft ihm nur Knochen hin, sich zu nähren, er kann nur in elenden Baracken hausen, muß allen höheren Genüssen entzogen und zufrieden sein, wenn er nicht direkt vor Hunger und Kälte zugrunde geht. Die Kinder des Arbeiters sterben entweder in den ersten Lebensjahren oder müssen in der Fabrik ihre Jugend vertrauen, an ratternden Maschinen oder an gesundheitswidriger Feinarbeit langsam zugrunde gehen oder ihre körperliche und geistige Entwicklung so wenigstens schwer hemmen lassen. Das Familienleben der Arbeiter ist zerstört, weil meist auch die Frau gezwungen ist, Brot zu verdienen und sich den hauswirtschaftlichen Verrichtungen nur am Abend widmen kann, nachdem sie ihr ungesundes und mühsames Tagewerk als Lohnarbeiterin vollendet hat. Die unausbleiblichen Folgen davon sind: Vernachlässigung der Sorge um den Körper, völlige Abwesenheit der Hirnätigkeit, Zank und Streit in der Familie, ein mehr tierisches als menschliches Leben mit all seinen traurigen Folgen. Und so schleppen sich diese Bedauernswerten von Jahr zu Jahr hin, freudlos, ohne einen Sonnenstrahl wirklichen menschlichen Lebens zu erhaschen.

Die Arbeit ist also nur eine Quelle des Reichtums — materiellen und geistigen — für — andere; für die, welche arbeiten, ist sie nur eine Quelle von Armut, Elend und Qual.

Und nun die wichtige Frage: Wozu es so sein? Wozu der Arbeiter zu beständigem Elend, zu fortgesetzter Trübsal, zu immerwährendem Jammer verurteilt sein? Versteht es auf einem natürlichen oder sozialen Gesetz, daß die „anderen“ fast allein die Früchte der Arbeit verzehren und dem Arbeiter nur ein Leben voller Not und Entbehrung lassen?

Diese Frage wird verschiedentlich beantwortet. Zuerst von denen, welche Anhänger der kapitalistischen Produktionsweise sind, auf deren Boden allein solche sozialen Gegensätze und Widersprüche aufkommen konnten. Sie behaupten zum Teil, es könne nicht anders sein, denn die sozialistische Produktionsweise sei nicht durchführbar (bei der, hier nebenbei gesagt, es keine sozialen Unterschiede geben soll). Diese Leute behaupten aber nur: Proben aufs Exempel machen sie nicht; daß aber die sozialistische Produktionsweise nicht durchführbar sei, könnte man aber doch mit Begeisterung erproben, wenn man sie vergeblich versucht hätte. Einen Versuch mit ihr hat man aber noch in keinem Kulturlande gemacht. Andere Anhänger der kapitalistischen Produktionsweise meinen aber gar, diese mühte unter allen Umständen erhalten werden; sie erst belohne die Leiter der Produktion nach Verdienst, was unter dem Sozialismus ihrer Meinung nach ebenso wenig der Fall sein würde, wie es unter der handwerklichen Produktion der Fall sein konnte, wo der Meister sich oft nicht besser stand als der Geselle, weil die Produktion eben nicht soviel abwarf, daß ihm nach Auszahlung des Gesellen noch soviel verblieb, daß er damit ein Leben nach Art großer Herren hätte führen können. Sie wollen nicht zugeben, daß heute auch Leute von der Produktion leben, die an ihr auch nicht zum geringsten beteiligt sind, wie z. B. die Aktionäre einer Aktiengesellschaft, die auch an der Leitung des Betriebes, aus dem sie ihren Kapitalgewinn ziehen, meist ganz unbeteiligt sind. Wenn sie aber mal zugeben, daß solche Aktionäre nur ein

mühsames Drogenleben führen, also gut leben, ohne zu schaffen, dann erheben sie den Einwand, daß dieser Umstand mit in Kauf genommen werden müsse, weil man jene Geldeute oder vielmehr deren Geld eben brauche. Damit wird zugegeben, es liege im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, daß die schwer schaffenden Arbeiter Legionen von Müßiggängern erhalten müssen. Nebenbei gesagt, ist das die schärfste Verurteilung der Kapitalwirtschaft, wenn es auch zu deren Verteidigung dienen soll. Daß die Leiter eines großkapitalistischen Unternehmens oft an Einkommen soviel haben, wie 30 und mehr Arbeiter, das wird von den Anhängern der kapitalistischen Wirtschaftsweise als ganz selbstverständlich bezeichnet. Sie machen es eben nicht billiger, heißt es; sie verlangen den Marktpreis für ihre Arbeitskraft. Wir sind aber überzeugt, daß dieser Marktpreis keine solche Steigerung erfahren hätte, wenn man den Lohn der Arbeiter im Verhältnis zur von ihnen erzeugten Produktionsmenge stets gesteigert hätte, anstatt, wie vielfach geschehen, ihn erheblich herabzusetzen. Dann wäre eben für die Leitung des Betriebes nicht so viel übrig geblieben, daß einzelne Betriebe ihre Leitung über alle Maßen hoch bezahlen könnten, und die Leute, die sich zu Betriebsleitern anbieten, mühten dann ihre Ansprüche nach einem geringeren Marktwert ihrer Leistungen bemessen. Uebrigens zeigt die unglaubliche Steigerung des Marktwertes von Fabrikdirektoren und Aufsichtspersonen einerseits und die geringe Bewertung des Marktwertes der eigentlichen Produktionskraft andererseits die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Produktionsweise in erschreckender Klarheit und enthüllt mit zynischer Offenheit die kapitalistische Denkweise, wobei gleichzeitig gezeigt wird, daß die kapitalistische Ideologie weit entfernt davon ist, den Grundsatz, daß die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, anzuerkennen und nach ihm zu handeln.

In der Arbeiterklasse wird die Frage, ob es immer so bleiben müsse, mit einem entschiedenen Nein von allen denen beantwortet, die in den Dingen klar sehen und auch nicht Schleppträger oder nur Nachläufer der Anhänger des Kapitalismus sein wollen. Deshalb sind sie sich auch einig darin, daß der Kapitalismus vom Sozialismus abgelöst werden muß, unter dem erit gemäß der Erkenntnis gehandelt werden kann: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, und ihr gebührt der, halb auch der höchstmögliche Lohn.

Und der höchstmögliche Lohn ist das, was bei gerechter, d. h. gleichmäßiger Verteilung des gesamten Arbeitsertrages auf den einzelnen an der Produktion beteiligten Menschen entfällt; nicht mehr und nicht weniger. Dabei wird auch die Leistung auf ihre Rechnung kommen, denn es wird für alle, sowohl für die Leitenden wie für die Ausführenden, von allem, was das Leben erfordert, soviel vorhanden sein — heute ist das ja schon der Fall —, daß die Bedürfnisse aller gleichmäßig befriedigt werden können, ohne daß jemand sagen könnte, es fehle ihm Wichtiges. Betriebsleiter werden dann auch „standesgemäß“ leben können, obwohl sie nicht besser leben werden, als die ihnen unterstellten Arbeiter, denn alle werden eben menschlich leben, d. h. so, wie es der jeweilige Stand der Produktion zuläßt; das wird man, wenn man will, ja auch standesgemäß nennen können. Man wird dann das Wort aber nicht von dem Stande der Personen, sondern von dem der Produktion, von dem, was die gemeinsame Arbeit hervorgebracht hat, ableiten müssen, denn Standesunterschiede von Personen im heutigen (sozialen) Sinne wird man wohl nicht gelten lassen wollen; wer sich für einen leitenden Posten mehr eignet als für einen ausführenden, wird jene bekommen, ein anderer diesen, und eine Bevorzugung des einen dem anderen gegenüber wird man nicht Platz greifen lassen können, weil — nun, weil der Sozialismus sonst aufhören würde — sozialistisch zu sein.

Wer nun will, daß die Arbeit zu ihrem Rechte komme, der muß also dafür sorgen, daß der Sozialismus zur Macht kommt.

Dazu bieten die bevorstehenden Reichstagswahlen eine treffliche Gelegenheit. Das wissen auch die Gegner des Sozialismus, weshalb sie jetzt am Werke sind, den Sozialismus nach Möglichkeit zu verdrängen. Da wird dem Arbeiter mit allen nur erdenklichen Mitteln vor dem Sozialismus graulich gemacht. Wenn aber der Sozialismus dem Arbeiter Rechte bringen mühte, so brauchte man ihn doch nur einzuführen, um den Arbeitern an Hand der Praxis zeigen zu können, daß die gegnerischen Behauptungen über ihn richtig waren. Davor hütet man sich aber wohlweislich, denn man weiß nur zu gut, daß kein Arbeiter sich nach der ihm gegenüber so ungerechten kapitalistischen Produktionsweise zurücksehn würde. Man beschränkt sich deshalb lieber aufs Entstellen und Verleumdungen des Sozialismus. Da man aber nicht sicher ist, ob das bei den Arbeitern verfangen wird oder nicht, so entstellt man auch schon die heutige Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Parlamenten, um den Arbeiter zu bewegen, bei den Wahlen gegen seine einzigen Freunde zu stimmen. Besonders die gegenwärtige Feuertaube, die von den extremsten Gegnern der Sozialdemokratie durch deren famose Politik zum größten Teil verschuldet worden ist, muß herhalten, um die Sozialdemokratie zu verleumdern. Da wird ihr vorgeworfen, sie habe nichts für die deutsche Lebensmittelerzeugung geleistet — als ob alle Lebensmittel, die wir in Deutschland notwendig haben, auf deutschem Boden hergebracht werden mühten, oder könnten! Wenn, wie

### Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

**Baumwollverbrauch und unsichtbare Baumwollvorräte.** In einer der letzten Nummern des offiziellen Organs des Zentralverbandes deutscher Industrieller („Deutsche Industrie-Zeitung“) veröffentlicht Herr Dr. Ebner die folgenden Ausführungen: Die Internationale Vereinigung der Baumwollspinner, und Weberverbände hat auch in diesem Herbst wieder Erhebungen über den Verbrauch der in der Welt vorhandenen Spinnspindeln an Baumwolle und über die unsichtbaren Baumwollvorräte angestellt. Es sind in allen in Betracht kommenden Ländern Fragebogen verandt worden, deren Resultate, so weit es sich zunächst um die Feststellung der insgesamt vorhandenen Spindeln handelt, durch Schätzungen, nach früheren Angaben oder auf sonstige Weise ergänzt worden sind. Die so ermittelte Gesamtsumme der nach dem Stande vom 1. September 1911 auf der ganzen Welt vorhandenen Spinnspindeln belief sich auf 137 278 752, gegen 133 384 794 am gleichen Tage des Vorjahres, 131 503 062 im Jahre 1909 und 128 923 659 in 1908. Durch Ausfüllung der vorgelegten Fragebogen hatten sich an der Aufstellung der Statistik in diesem Jahre 131 277 197 Spindeln beteiligt. Auf die einzelnen Länder verteilte sich die Gesamtzahl der vorhandenen Spindeln in den beiden letzten Jahren wie folgt:

	1911	1910
Großbritannien	54 522 554	58 897 466
Deutschland	10 480 090	10 200 000
Frankreich	7 300 000	7 100 000
Rußland	8 671 664	8 234 137
Indien	6 250 000	5 657 231
Oesterreich	4 563 745	4 643 275
Italien	4 582 065	4 200 000
Spanien	1 853 000	1 853 000
Japan	2 131 494	1 948 000
Schwiz	1 481 230	1 496 698
Belgien	1 826 722	1 821 780
Portugal	475 696	475 696
Holland	431 452	426 324
Schweden	527 772	470 000
Norwegen	74 820	73 656
Dänemark	79 655	83 208
Vereinigte Staaten v. Amer.	28 872 000	28 849 000
Kanada	855 293	855 293

	1911	1910
Mexiko	2 800 000	2 600 000
Brasilien, übrige Länder	137 278 752	133 384 794

Die stärksten Zunahmen der Spindelzahlen zeigen Großbritannien, Indien und die Vereinigten Staaten, während von den wichtigsten europäischen Ländern nur Rußland, Italien, Deutschland, Frankreich und Schweden merklich größere Ziffern im laufenden Jahre aufweisen. In Belgien und Holland hat sich die Zahl der Spindeln nur ganz unwesentlich vermehrt; Oesterreich, die Schweiz und Dänemark zeigen sogar einen Rückgang der Spindelzahlen. In Spanien, Portugal und Kanada scheinen die Spindelbestände zu stagnieren, sofern nicht mangels rechtzeitiger Abschlußes der diesjährigen Erhebungen auf die vorjährigen Resultate zurückgegriffen werden mühte. Für Indien, Japan, Mexiko und Brasilien ist aus Rücksicht auf die weite Entfernung von der Geschäftsstelle der internationalen Vereinigung der Stand am 15. August zugrunde gelegt worden. Die Zahl der italienischen Spindeln ist mit 4 582 065 angegeben, doch sind in dieser Ziffer etwa 800 000 Spindeln enthalten, die fast während des ganzen Jahres stillgestanden haben. Bei den Angaben für Rußland sind die finnischen und polnischen Betriebe mitgezählt und zwar sind in Finnland 614 216 Seltaktor- und 148 436 Throstlespindeln, insgesamt also 762 652 vorhanden, während aus Polen berichtet wird über 330 410 Seltaktor-, 548 330 Throstle-, zusammen 878 740 Spinnspindeln. Für die letzte Sammelposition der Tabelle lassen sich folgende Sonderangaben machen: Mexiko hat 12 460 Seltaktor-, 76 438 Throstle-, in Summa 88 898 Spinnspindeln; Brasilien 27 860 Seltaktor-, 349 136 Throstle-, zusammen also 376 996 Spinnspindeln. Von der Gesamtzahl derjenigen Spindeln, über welche am 31. August 1911 Bericht erstattet wurde, zeigt die nachstehende Tabelle für die einzelnen Länder, wie die Gliederung nach den Hauptgattungen sich vollzieht.

	Seltaktorspindeln	Throstlespindeln
Großbritannien	39 977 255	8 050 925
Deutschland	5 214 959	4 984 403
Frankreich	4 049 118	3 062 957
Rußland	2 861 905	3 712 352
Indien	1 094 213	3 107 566
Oesterreich	2 348 501	1 961 356
Italien	1 069 968	2 309 158
Spanien	725 111	1 201 630
Japan	27 829	1 721 278
Schwiz	1 036 192	218 640

	Seltaktorspindeln	Throstlespindeln
Belgien	510 986	815 786
Portugal	100 000*)	290 520*)
Holland	192 748	238 704
Schweden	116 296	290 198
Norwegen	84 860	99 460
Dänemark	11 583	68 072
Verein. Staaten von Amer.	5 500 000*)	23 872 000*)
Kanada	819 110	320 624
Mexiko	40 820	460 574
Brasilien, übrige Länder	65 231 044	16 046 153

In Deutschland war am 31. August des Vorjahres über 5 317 969 Seltaktor- und 4 727 715 Ringspindeln berichtet worden. Amerikanische Baumwollernte 1911. Nach den jetzt bekannt gewordenen näheren Angaben des am 8. d. M. veröffentlichten Jahresberichts zum 31. Oktober d. J. verteilt sich die bis dahin entkörnte Baumwollmenge im Vergleich zu den Vorjahren in Ballen wie folgt:

	1911	1910	1909	1908
Atlantische Staaten	4 671 000	3 145 000	3 270 000	3 518 000
Golfstaaten	1 581 000	1 211 000	1 415 000	1 954 000
Oklahoma	556 000	585 000	418 000	217 000
Texas	3 210 000	2 405 000	1 920 000	1 954 000
Insgesamt	9 968 000	7 346 000	7 018 000	8 192 000

Nach dieser Zusammenstellung ist die in den atlantischen Staaten entkörnte Baumwollmenge dieses mal um 1 153 000 Ballen größer als im letzten Rekordjahre 1908, während in den Golfstaaten die bisherige Ziffer um rund 400 000 Ballen hinter 1908 zurückbleibt. In Oklahoma hatte das Jahr 1908 einen sehr kleinen Baumwollertrag gebracht, und die bis jetzt im laufenden Jahre entkörnte Menge ist noch mehr als das Doppelte so groß wie 1908. Texas hat mit 3 210 000 Ballen Entkörnungsziffer das letzte Rekordjahr um 1 256 000 Ballen überholt. Nach der Schätzung des Herrn Shearson soll Texas in diesem Jahre 3 800 000 Ballen und Oklahoma 900 000 Ballen Baumwolle bringen. Im vorigen Jahre waren bis zum 1. November 63,5 Proz., 1909: 69,7 Proz., 1908: 62,6 Proz., 1907: 55,4 Proz., und 1906: 53,2 Proz. entkörnt; der Durchschnittsprozentsatz für die 6 Jahre, in denen das Reusensbureau für Baumwolle Entkörnungsziffern veröffentlicht, ist 60,96

\*) Geschätzt.

die Sozialdemokraten es verlangen, ausländisches Getreide und Vieh und Fleisch bei uns zollfrei eingeführt werden könnte...

Auch deshalb muß der Arbeiter, will er seine Interessen richtig wahrnehmen, sozialdemokratisch wählen. Ihm gehen seine eigenen Interessen über die der großen Landwirte und Viehzüchter...

Das werden die Arbeiter wohl einsehen, und deshalb wird diesmal auch die verlogenste Kampftaktik ihrer sozialen und politischen Gegner ohne den von diesen gewünschten Erfolg bleiben.

Christlich-zentripolitisch-reaktionäre Arbeiterführer an der Wahl- und anderer Arbeit oder die sittliche Verhumpung christlicher Agitationsmethoden im Münsterlande.

Man schreibt uns von dort:

Die Beamten des christlichen Textilarbeiterverbandes gerieren sich jetzt nur noch als Agitatoren reaktionärer Parteien, besonders des Zentrums. Die bisherigen, oftmals kampfstarken Bemühungen, sich ein neutrales Mäntelchen umzuhängen...

Das Geschrei über den Terror, den freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie angeblich über Andersdenkende ausüben sollen, das in der scharfmacherischen Presse zur Einrichtung einer ständigen Rubrik geführt hat...

Die christlichen Gewerkschaftsorgane und das Zentralblatt des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften führten neulich eine Liste der Strafen und Bestrafungen auf, die angeblich der Ehre der Musterstrategen „christlich-nationale“ Couleur zur Reparatur gebührt haben sollen.

mus wurde zuweilen schon soweit getrieben, daß, wie mir ein Fall bekannt geworden ist, von aufgeheulten christlichen Annahmern dahin gearbeitet wurde, daß auf den Selbstfaktoren sämtliche Fäden zugleich rissen...

Bei Kämpfern Söhne in Rheine sind es besonders einige Meister, die gegen den dortigen Konsumverein und gegen die Angehörigen des Deutschen Textilarbeiterverbandes vorgehen.

Anstatt um diese Dinge sich zu kümmern, gehen die christlichen Agitatoren darauf aus, um die Not der Arbeiter herumzureden, den Zwischenhändlern und gar den Sozialdemokraten hieran die Schuld in die Schuhe zu schieben.

vollstündlichen Parteien an! Warum das alles? Es gibt keinen andern Grund als den: auf Kosten der Arbeiterinteressen sich politischen Einfluß und Mandate zu verschaffen.

Und dabei nehmen wir es durchaus ernst mit unserer Neutralität gegenüber den Religionen und Konfessionen. Wir würdigen das Christentum und allgemeine ethische Grundzüge nicht hinab zu profanen Zwecken wegen wirtschaftlicher oder politischer Vorteile.

Wieviel die Kampfmethode speziell bei dem christlichen Textilarbeiterverband auf den Hund gekommen sind, sieht man an folgenden Illustrationsproben: In Ostrup findet eine öffentliche Versammlung statt, zu der der Kollege Mathies per Einschreiben und Einbestellung eingeladen wird.

Ostrup, den 4. 11. 1911.
Werter Genosse!
Morgen findet hier Versammlung statt komme bitte hin.
In Genosse Heinrich Mathies zu Cronau.

Prozent; nach letzterem Satz käme man für dieses Jahr auf eine Gesamtrente von 15,3 Millionen Mark.

Die Baumwollkultur in Brasilien hatte im Rechnungsjahr 1870/71 eine Ausfuhr von nahezu 80.000 Tonnen und nahm bis 1875 unter den Baumwollproduzierenden Ländern der Erde die dritte Stelle ein.

Die japanische Baumwollindustrie. Einem Artikel des „Chamber of Commerce Journal“, Yokohama, entnehmen wir nachstehende Mitteilungen: Ueberblickt man die Fortschritte, welche die japanische Baumwollindustrie in den Jahren 1900—1910 gemacht hat...

Baumwollensfälschung. In der ägyptischen Baumwolle zeigt sich seit einiger Zeit eine Verschlechterung der Qualität, die auf eine ziemlich allgemein gewordene schädliche Praktik zurückzuführen ist.

„Cotton Produce Association“ hat sich bereits an die Regierung um Abhilfe gewendet.

Ueber die Textilindustrie in Marokko, das jetzt wieder mehr das öffentliche Interesse erregt, berichten englische Blätter in eingehender Weise. Danach ist die früher in Marokko ziemlich bedeutende Herstellung von seidnen Geweben und Stickereien...

Die irische Flachsanbaufläche 1911. Das Agrildepartement von Großbritannien gibt die Flachsanbaufläche für dieses Jahr mit 66.618 Acker in Irland gegenüber 45.974 Acker im Jahre 1910 an.

Der japanische Stil. Die japanische Kunst ist völlig auf dem Boden der chinesischen erwachsen. Sie geht in allen ihren Einzelheiten auf chinesische Vorbilder und Anregungen zurück.

Aus dem Leitfaßen „Textile Stilproben“ von Gustav Marx, Direktor der Oberlaufener Webstühle Großschönan i. Sa., mit 277 Abbildungen auf 26 Tafeln, Preis 3 Mk., Verlag von Karl W. Hiersemann in Leipzig.

daher in Japan in gewissem Sinne eine noch natürlichere, zweckmäßigere, felelvollere Schönheit, als die chinesischen. Das Natur- und Stilgefühl des japanischen Künstlers ist vielleicht noch feiner entwickelt, noch inniger verbunden, zu noch schönerer Blüte gelangt...

Webekunststücke. Recht seltsame Dinge erzählt Georg Vied in einem im Verlag Fritsch Girschberg u. Co., Berlin, erschienenen Büchlehen „Textiltechnische Möglichkeiten“.

Hieran anschließend wollen wir das beigelegte Flugblatt oder den Einladungszeitel zu der Versammlung folgen lassen. Es lautet folgendermaßen:

Arbeiter, Arbeiterinnen und Bürger von Dähtrup.

Die Fabrikleitung der Gebr. Laurentz, insbesondere die Leitung der Weberei, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zu schikanieren. Die Folgen sind nicht ausbleiben. Arbeiter, die Jahre lang bei der Firma Laurentz beschäftigt waren, wurden, weil sie sich in berechtigter Weise über Mißstände beschwerten, von der Webereileitung schikaniert, bis zur Maßregelung. Kurz, gewisse Personen in Dähtrup scheinen es sich zur Lebensaufgabe zu machen, den Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährte Koalitionsrecht streitig zu machen.

Wie sollen sich nun die Arbeiter zu dem Verhalten der Firma stellen? Anzuraten wäre ihnen, der Firma ihre Arbeitskraft zu entziehen und sich anderswo um Arbeit zu bemühen, wie solche augenblicklich leicht zu finden ist. Dann wäre es Pflicht eines jeden Arbeiters, dafür zu sorgen, daß Zugang von neuen Arbeitern ferngehalten wird. Dies kann dadurch erreicht werden, daß jeder Bekannte und Arbeiter sowie alle Einwohner von Dähtrup und Umgebung über die Verhältnisse in dem Betriebe der Firma Gebr. Laurentz unterrichtet werden. Zu diesem Zweck findet am Sonntag, den 5. November, nachm. 4 Uhr, im Saale der Witwe Fischer in Dähtrup eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Bezirksleiter Bernh. Otto-Vocholt. Arbeiter, Arbeiterinnen und Bürger, strömt in Massen zu dieser Versammlung. Hoch das Koalitionsrecht! Hinein in den Textilarbeiterverband!

Verlag von Beyer, Cronau.

Als Einleitungsmusik komponierte hierzu ein Schmied mit einer in die Gasse getauchten Feder folgenden Dreck- und Stinkartikel, den wir der Mitwelt nicht vorenthalten wollen. Hier das Geschreibsel:

Wie sie kämpfen! oder: Der wissenschaftliche Sozialismus!

Seit einigen Monaten treibt ein Genosse namens Mathies in Cronau und Umgegend Agitation für die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, welcher in Cronau selbst nur einige Duzend Mitglieder hat, unterhält ein Sekretariat mit zwei Genossen als Agitatoren. Anscheinend haben die Herrschaften mit ihrer „kolossalen“ Mitgliederzahl noch genügend Zeit, für die Befehlshaberin der sog. Gewerkschaften, die sog. Partei, Agitation zu betreiben, und zwar auch in den Versammlungen der Gewerkschaften. Hauptächlich ist es Mathies, welcher in den Versammlungen erklärt, er betrachte es als seine vornehmste Aufgabe, seine Mitglieder dem Sozialismus zuzuführen. In einer Gerichtsverhandlung erklärte nun Mathies, Sozialismus wäre eine Wissenschaft. Man sollte doch nun logischerweise annehmen, daß Mathies nur wissenschaftlich Gebildeten das Recht anerkennt, über Sozialismus zu reden. Doch nein, weit gefehlt. Er selbst redet über Sozialismus! Jedenfalls hält Mathies in seiner bekannten bescheidenen Art sich für wissenschaftlich gebildet. Wie sah denn nun die wissenschaftliche Bildung des Genossen aus? Und was für eine Wissenschaft ist es, die Mathies den Leuten erzählt? Die Pfaffen wissenschaftlicher Bildung, die Mathies als Textilarbeiter durchgemacht hat, will ich übergehen. Auch über die famose Streitstrategie, welche Zeugnis ablegte von dem hohen Können und der gelehrten Wissenschaft des Genossen Mathies, will ich schweigen. Ich will anfangen von dem Zeitpunkt, wo Mathies aus dem verborgenen Winkel in die Öffentlichkeit trat: mit dem Konsumverein. Hier war es mit der Wissenschaft Effig. Denn Mathies wurde vom Vorstand des Konsumvereins entlassen, weil ihm die Kenntnisse fehlten. Es stellte sich dann heraus, daß Mathies in vier Wochen ein Defizit von 666 Mk. in der Kasse hatte. Hier wäre die Wissenschaft über die Aufgaben eines Lagerhalters am Platze gewesen.

Nach einiger Zeit wurde nun Mathies Geschäftsführer des sog. Verbandes. Von der Zeit an lehrt Mathies der staunenden Mitwelt den wissenschaftlichen Sozialismus. Mit einem Wulst von Schlagwörtern und Phrasen glaubt er die Wissenschaft beweisen zu können. Hier einige Stichproben: Mit Stolz nennt der gute Mann sich Sozialdemokrat und Atheist. Die Pfaffen (gemeint sind die Geistlichen beider Konfessionen) bekommen selbstverständlich auch ihren Teil ab. Die Arbeitgeber werden als Ausbeuter, Parasiten, ja als Hunde bezeichnet. Die ganze bürgerliche Gesellschaft wird in Grund und Boden verdammt. Die Zeitungartikel des Genossen Mathies sind auf denselben Ton gestimmt. Die Krone aber hat Mathies seinem wissenschaftlichen Sozialismus aufgesetzt gelegentlich einer Flugblattverteilung. Er deutete auf das am Fenster stehende Kontorpersonal und sagte: Man mühte eine Glinte haben und sie niederfallen.

Wer jetzt noch nicht glaubt, daß der Sozialismus des Genossen Mathies wissenschaftlich ist, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

Meine zwar unmaßgebliche Meinung geht dahin, daß dem Genossen Mathies, wenn er sich nicht gerade das christliche Münsterland zu seinem undantbaren Arbeitsfeld erkoren hätte, noch eine

große Zukunft beschieden sein würde. Bei den persischen und chinesischen Wirren brauchte er sich gar keinen Zwang anzutun. Dort könnte er seine Lehre in die Tat umsetzen. Als Anführer einer Gruppe würde er es noch mindestens zum Feldherrn bringen. Genosse Mathies brauchte auch dort nicht zu befürchten, daß seit „wissenschaftlicher“ Sozialismus so schonungslos unter die Lupe genommen würde.

Eine Hungerperiode im Culengebirge.

Man schreibt uns aus Langenbielau: In dem Handelskammerbericht vom 1. Vierteljahr 1911 des Handelskammerbezirktes Schneidnitz, dem auch die Textilindustrie des Culengebirges angegliedert ist, heißt es speziell über diese: „Der Geschäftsgang in den Baumwollwebereien hat sich gegen das vergangene Vierteljahr nicht gebessert, im Gegenteil er hat sich verschlechtert. Die Ursachen der großen Zurückhaltung der Kundschaft sind die die Kaufkraft für Neuanschaffungen schwächenden hohen Lebensmittelpreise, in manchen Absahgebierten auch Mangel an Beschäftigung von Arbeitern wegen Daniederliegens der Industrie.“ Hier wurde also offen anerkannt, daß durch die hohen Lebensmittelpreise die Bevölkerung gezwungen ist, einen größeren Prozentsatz ihres Einkommens für Lebensmittel auszugeben und demgemäß weiter gezwungen ist, sich in der Neuanschaffung von Kleidungsgegenständen usw. einzuschränken, wodurch wiederum der Geschäftsgang in den Textilbetrieben des hiesigen Bezirks nachteilig beeinflusst wird. Wer ist nun unter solchen Verhältnissen im hiesigen Bezirk der größte Leidtragende? Selbstverständlich die in der Textilindustrie beschäftigte Arbeiterschaft. Genug bekannt sind ja ohnehin schon die äußerst erbärmlichen Löhne, die in solchen Zeiten nicht nur keine Erhöhung erfahren, sondern sich sogar noch auf einer absteigenden Bahn bewegen, obwohl — das wollen wir gleich mitbetonen — auch die hiesige Textilindustrie immerhin noch in der Lage wäre, verhältnismäßig höhere Löhne zu zahlen. Da nun die Lebensmittelpreise in demselben Maße wie in den übrigen Teilen des Reiches auch im hiesigen Bezirk in die Höhe schnellen, so leidet die hiesige Arbeiterschaft doppelt unter solchen Verhältnissen und es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß der größte Teil der hiesigen Textilbevölkerung an chronischer Unterernährung leidet und ihr Leben nur noch ein Vegetieren genannt werden kann.

Da nun die Not in der hiesigen Textilbevölkerung gegenwärtig eine Höhe erreicht hat, die geradezu grauenerregend ist, dann aber auch durch das Heruntergehen der Baumwollpreise infolge einer außerordentlich guten Baumwollernte sowie mehrerer sonstiger noch in Betracht kommender Umstände ein besserer Geschäftsgang zu erwarten ist, so verlangte die Arbeiterschaft im Oktober eine mindestens 10prozentige Lohnerrhöhung, um so wenigstens einen teilweisen Ausgleich der Löhne resp. Teuerungsverhältnisse herbeizuführen. In Fabrikversammlungen nahmen die Arbeiter hierzu Stellung und faßten ihre Wünsche in folgender Resolution zusammen:

Resolution.

„Die heute im Lokale . . . stattgefundene Fabrikversammlung der gesamten Arbeiterschaft der Firma . . . erklärt, daß in Anbetracht der eingetretenen Teuerung, von der nunmehr alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel betroffen sind, die Arbeiterschaft außerstande ist, ihre Pflichten gegenüber ihrer Familie, dem Staate und der Kommune erfüllen zu können. Die Arbeiter stellen deshalb an ihre Herren Arbeitgeber das dringende Ersuchen, ihre äußerst prekäre Lage durch Gewährung einer Teuerungszulage in etwa 10% zu mildern. Die Teuerungszulage könnte in der Weise erfolgen, daß zu den zurzeit üblichen Lohnsätzen eine Zulage von mindestens 10% gewährt würde.“

Die Versammelten setzen bei ihren Herren Arbeitgebern sogleich solches Verständnis und menschliches Gefühl voraus, daß sie diese den Zeitverhältnissen entspringende und deshalb um so berechtigtere Forderung anerkennen und bewilligen und soweit wenigstens einen teilweisen Ausgleich der Teuerungsverhältnisse herbeizuführen.“

In allen Betrieben erhielt eine aus mehreren Mitarbeitern bestehende Kommission den Auftrag, diese Forderung beim Arbeitgeber mündlich zu begründen. Außerdem wurde sämtlichen Kommissionen noch ein von der Verbandsleitung verfaßtes Anschreiben, in dem die Resolution sowie eine längere Begründung der geforderten Teuerungszulage schriftlich niedergelegt war, zur Ueberreichung an die einzelnen Firmen mit auf den Weg gegeben.

Daß die Arbeiterschaft berechtigt war, nicht nur 10 Proz., sondern weit mehr zu verlangen, begreift jeder sofort, wenn er mit uns einmal hineinsteigt in das hiesige Arbeiterleben, dabei erkennend, wie unheimlich gerade die hiesige Arbeiterschaft unter dieser Teuerung leidet. Nehmen wir zum Maßstab einmal die Nahrungsmittelration, die in der deutschen Kriegsmarine für einen Marinefeldaten ausgeschrieben ist. Sie ist gerade so hoch bemessen, um den Soldaten während seiner Dienstzeit gesund und kräftig zu erhalten. Darüber hinaus ist aber auch noch kein Körnchen zuviel. Die Nahrungsmittelration beträgt pro Woche und pro Kopf:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 „ Schweinefleisch	340 „ Zucker
800 „ Hammelfleisch	5 250 „ Brot
150 „ Reis	455 „ Butter
300 „ Bohnen	300 „ Erbsen
300 „ Weizenmehl	21 „ Tee
200 „ Badpflaumen	0,11 Liter Effig

Die Kosten einer derartigen Normalration betragen nach den Langenbielauer Kleinhandelspreisen

im September 1910 . . . . .	6,99 Mk.
„ „ 1911 . . . . .	8,05 „

Die Lebensmittelterteuerung betrug also allein im letzten Jahre 15,16 Proz. Da nun jede Durchschnittsarbeiterfamilie aus 5 Köpfen (Mann, Frau und 3 Kinder) besteht, wobei wir jedoch die 3 Kinder bloß für 1/2 Erwachsene rechnen wollen, so mußten einer solchen Familie im September 1910: 3 1/2 x 6,99 gleich 24,47 Mk.; im September 1911 dagegen 3 1/2 x 8,05 Mk. gleich 28,18 Mk. wöchentlich für Lebensmittel zur Verfügung stehen. Das Einkommen eines hiesigen Textilarbeiters beträgt aber durchschnittlich rund 10—15 Mk., unter Berücksichtigung der vielen Feiertage sogar noch weniger. Nach Abzug der Ausgaben für Wohnung, Heizung, Licht und Kleidung verbleiben einer solchen Arbeiterfamilie von 5 Personen nur 7,50—8 Mk. für Lebensmittel, also bloß ein Viertel der Summe, die unter allen Umständen zum Leben notwendig ist und deshalb auch für einen Marinefeldaten verausgabt wird. Es kann eingewendet werden, daß doch in einer Reihe von Familien durch die Mitarbeit der Frau das Einkommen erhöht wird. In einem solchen Falle erhöht sich zwar das Einkommen um eine Summe von 6—10 Mk. pro Woche auf der einen Seite, was jedoch durch vermehrte Ausgaben auf der anderen Seite wieder ausgeglichen wird, so allein durch Pflegegeld für die der Dohut noch bedürftigen kleinen Kinder um wöchentlich 5—6 Mk.

Bei dieser Sachlage hätte man also wohl erwarten können, daß die Langenbielauer Textilunternehmer ein Einsehen gehabt und ohne viele Umstände der mäßigen Forderung der Arbeiter ihre Zustimmung erteilt hätten. Doch die Arbeiter denken — und die schwerreichen Unternehmer lenken. So erklärten die Herren der Firma Chr. Dierig, daß sie anerkennen, daß sich die Arbeiter in einer schlimmen Lage befinden. Sie hätten sich deshalb schon seit Monaten die Köpfe zerbrochen und darüber nachgedacht, wie man den Arbeitern in dieser Notlage helfen könne. Leider müßte man die Lohnforderung von 10 Proz. ablehnen und zwar in Anbetracht der schlechten Geschäftslage, jedoch wolle man Kartoffeln und Kraut im großen einkaufen und an die Arbeiter unterm Einkaufspreis wieder verkaufen; mehr kann unter keinen Umständen geschehen. Weiter äußerte ein Vertreter der Firma auf die berechtigten Einwendungen des Arbeiterausschusses: „Dringen Sie nicht noch weiter in uns, ich sage Ihnen, es hat gar keinen Zweck, wir werden von unserem Standpunkt nicht abgehen.“

So urteilt eine Millionenfirma, die im Laufe einiger Jahrzehnte ungeheure Werte aus der Arbeiterschaft herausgezogen und angehäuft hat. Wir glauben es den Herren gerne, daß sie sich monatlang die Köpfe zerbrochen haben, um etwas herauszufinden, was so nach Hilfe aussieht, nach Wohlthatigkeit, aber nichts kostet resp. die Gewinne nicht ungünstig beeinflusst. Muß es denn aber so sein? Konnte man denn nicht ebenso gut erklären: „Ungezählte Millionen verdienen wir an unserer Arbeiterschaft durch Zurückbehaltung des Mehrwertes ihrer Tätigkeit, unsere Arbeiterschaft leidet dadurch Hunger und Not, das können wir nicht mehr mit ansehen, und so wollen wir umgehend, freudig bewegt, daß uns die Arbeiterschaft hierzu Gelegenheit gibt, die geforderten 10 Proz. bewilligen.“ Wirtschaftlich möglich wäre das doch gewesen. Aber die Erklärung lautet anders.

In ähnlicher Weise versuchten auch die übrigen Firmen die Arbeiter mit ihren Forderungen von sich abzuschütteln, getreu ihrem Beschlusse, den sie in der Sitzung des Textilindustriellenverbandes in Reichensbach gefaßt hatten. Vorher waren einige Firmen gar nicht abgeneigt, den Arbeitern entgegenzukommen. So erklärte Herr F r i z S u d e r t als die Arbeiter erstmalig vorstellig wurden und ihm die Notlage der Arbeiterklasse schilderten: „Ja, Leute, ich will einmal sehen, was sich tun läßt, aber allein kann ich auch keine Ausnahme machen.“ Fast ebenso äußerte sich auch Herr F r i z S u n g. Erst nachdem nun die schon genannte Sitzung stattgefunden hatte, lenkten auch diese Herren wieder ab, mit der Motivierung, daß der Unternehmerverband beschlossen habe, keine Lohnerrhöhung zu bewilligen. Jedoch wollen wir gern anmerken, daß Herr S u n g seinen Arbeitern wenigstens eine einmalige Lohnzulage im durchschnittlichen Betrage von 10 Mk. pro Kopf gewährt hat.

Bei dieser ganzen Teuerungsbewegung passierte den Unternehmern aber ein ganz eigenartiges Mäheer, welches darin besteht, daß sie die in Deutschland bestehende Zoll- und Steuerpolitik in Grund und Boden verdammt, die sie aber selbst mit verschulden. Bekanntlich hat noch erst vor einigen Wochen der Reichstagsabgeordnete für Reichensbach-Neurode, Dr. Fleischer, in einer großen Wählerversammlung in Langenbielau erklärt, daß die ganze Teuerung einzig und allein durch die Dürre im vergangenen Sommer hervorgerufen worden und deshalb vorübergehender Natur sei. Damit vergleiche man die am Kopfe des Artikels abgedruckte und im Januar 1911 veröffentlichte „Bekanntmachung“ der Ortsgruppe Reichensbach des schlesischen Textilindustriellenverbandes, die einmal den Nagel auf den Kopf trifft, dafür aber auch die demagogische Zentrumspolitik in bengalischer Beleuchtung erspähnen läßt. Aber auch einzelne Aussprüche von Unternehmervertretern verdienen festgehalten zu werden. So erklärte vor einigen Monaten der Direktor Hager der Firma „Beringte Buntweberei“ bei Besprechung der Lohnverhältnisse der Appreturarbeiters in Verbindung mit der Teuerung den betreffenden Arbeitern: „Ja, Ihr seid ja selbst schuld an den schlechten Verhältnissen, weshalb wählt Ihr Euch Eure Mehrgelber selber in den Reichstag, dafür kann doch nun die Firma nicht aufkommen.“ Und erst neuerdings, bei dem Vorstelligwerden der Kommissionen, erklärte zu diesen der Mitinhaber der Firma Fr. Sudert, Herr Raczkowski, als die Kommissionsmitglieder auf die Teuerung hinwiesen: „Ja, meine lieben Leute, daran sind wir doch nicht schuld, weshalb wählt Ihr Euch solche Leute ins Parlament, die Euch das Brot verteuern.“

Dieses sind zwar Badpfeifen für diejenigen Arbeiter, die in ihrer grenzenlosen Dummheit bei der letzten Wahl dem Zentrumsabgeordneten Fleischer ihre Stimme gegeben haben, andererseits wird aber dadurch auch das Doppelspiel der Unternehmer bloßgelegt. Denn niemand anders ist es gewesen, als die Firma Chr. Dierig, die bei der letzten Wahl im Jahre 1907 dem Zentrumsabgeordneten die Steigbügel gehalten hat. Stellte sie doch demselben die Fabrikräume zur Verfügung zur Abhaltung politischer Versammlungen. Herr Fleischer hatte somit Gelegenheit, ohne nennenswerte Gegenrebe befürchten zu müssen, die jetzt für die Arbeiter so schädlich bezeichnete Zollpolitik des Zentrums verzapfen zu können. Somit ist die Firma Chr. Dierig moralisch mitschuldig an der Teuerung sowohl als auch an dem schlechten Geschäftsgange. Sie hat also gar kein Recht zu sagen: in Anbetracht des schlechten Geschäftsganges können wir keine höheren Löhne zahlen, sondern sie hat sogar die Pflicht, so rasch wie möglich diese ihre Schuld zu tilgen.

Auch der nunmehrige Verkauf von Kraut und Kartoffeln, der bei den meisten hiesigen Firmen eingerichtet worden ist, wird die Arbeiterschaft nicht davon abhalten, auch in Zukunft ihre Rechte mit Nachdruck weiter zu vertreten. Für ein derartiges Linfengericht verbräufte die Arbeiterschaft ihre Rechte nicht, und darauf war es wohl auch bei jenen Maßnahmen nicht abgesehen. Der Arbeiter ist als ein Faktor zu erachten, der für seine Arbeit Anspruch darauf hat, anständig entlohnt zu werden, damit er in der Lage sei, sich und seine Familie genügend nähren und kleiden zu können. Die Lösung darf nicht sein: weitere Degenerierung

fährt dort, daß Stoffe zum Weben und Spinnen benutzt werden können, denen man die Eignung dafür nicht so ohne weiteres ansehen kann. Da ist zum Beispiel das Spinnengarn, das zu „Spinnseiden“ verarbeitet wird. Wohl kein anderes Fasermaterial zeigt, so sagt der Verfasser, eine derartige Unempfindlichkeit gegen Witterungseinflüsse, wie der Spinnengarnstoff; Regen und Feuchtigkeit bleiben ohne jeglichen Einfluß auf ihn. Da das Gewicht des neuen Garnes etwa fünfmal leichter ist als das Erzeugnis der Seidenraupe — Baumwolle, Leinen und Hanf sind ja bekanntlich noch erheblich schwerer —, so gestattet die Verwendung von Spinnengarnstoffen, die Stoffhülle des Ballons leichter, also stabiler, herzustellen. Auch die Verwendung von Spinnengarnstriden und -tauen ermöglicht eine umfangreichere Lastelage, als dies heute bei Hanf-, Bast- und selbst bei Seidengarnstriden der Fall ist. Damit erhalten aber unsere aeronautischen Fahrzeuge eine größere Stabilität. Daß die Beschaffung von Rohspinnstoff nicht mit gar so vielen Schwierigkeiten verbunden ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Auftreten der zur Materialgewinnung geeigneten Spinnen im Innern Afrikas über alle Maßen häufig ist. Das von den Tieren erzeugte Material findet sich in einzelnen Waldungen Afrikas in solchen Mengen, daß es stellenweise unmöglich ist, diese mit Spinnenspänen überzogenen Wälder zu durchqueren.

Ueerraschender noch ist es, daß es eine Ananasfide gibt. Die Ananaspflanze enthält eine wertvolle Faser, die der Webetechnik lange ganz verschlossen war und noch heute sehr wenig von ihr verwandt wird. Die besonderen Eigentümlichkeiten der Ananasgewebe bestehen darin, daß sie nicht nur wunderbar glänzend, sondern auch beinahe transparent erscheinen, so daß diese Webwaren einen schönen, zarten Eindruck geben.

Auch der T o r f läßt sich zum Weben und Spinnen verwenden. Bei Kleidungsstücken, die aus diesem Material hergestellt sind, ist es besonders wichtig, daß die Torffaser in ihrer Struktur zu den schlechtesten Wärmeleitern gehört, die uns bekannt sind. Besonders tritt diese Fähigkeit, Körperwärme festzuhalten, dann hervor, wenn durch eine Wäsche die Enttharzung des Torfes vorgenommen ist. Man hat längst sehr billige und dabei wärmende Decken aus Torf hergestellt. Auch zu verschiedenartigen Filzen eignet sich das Torfmateriale gut und wird in absehbarer Zeit sicherlich zum Teil die Wollfilze ersetzen.

Ein merkwürdiges Webematerial ist ferner der A s b e s t, der neben Gold- und Silberadern in der Erde gefunden wird und eigentlich eine Steinsubstanz ist. Man hat bereits sehr schöne Spitzen aus diesen Fäden gefertigt, die durch ihren silberartigen Glanz in Verbindung mit dem eigenartigen schweren Falten des Fabrikates ganz neue Eindrücke hervorrufen. Es wurden in dieser

Art auch bereits geheizte Teppiche fabriziert. In diesen ist zwischen Flor und Grundschuß ein blanter Kupferdraht endlos eingeschlossen, dessen beide Enden in der Weise wie unsere elektrischen Lampen mit Steckdosen versehen sind und einfach an den Stromkreis eines Akkumulators angeschlossen werden können. Wird nun der Strom eingeschaltet, so ergibt der Draht einen Heizkörper, der durch den Asbeststoff vollkommen verdeckt ist und die Wärme in angenehmer Weise vom Boden aus aufströmen läßt. (Siehe auch „Der Asbest“ in voriger Nummer. D. A.)

Zuletzt sei noch ein webbares Metall erwähnt: das Al u m i n i u m. Zur Zeit der Pariser Ausstellung wurden bekanntlich als besondere Attraktion Stoffe und Kleider aus Glasfäden bewundert. Diese waren aus fein gezogenem Glas fabriziert, das mit Seide dreht wurde. Die aus Aluminium gewebten Stoffe bedürfen nicht der Kombination mit anderen Textilgarnen. Bei Abendmänteln und Theaterkostümen erzielt man mit ihnen ganz hervorragende Effekte. Solch ein Kostüm macht den Eindruck, als sei der Körper schöner Damen in flüssiges Silber getaucht. Es schiller bei jeder Bewegung des Körpers ohne jedoch jenen prägnanten Eindruck zu machen, den wir bei Betrachtung von Glitterkleidung haben. Das eigentümliche, durch Oxydation stumpfe Neukere des Aluminiums läßt die textilen Kombinationen stets dezent und elegant erscheinen. Wundervoll sind Lächer, Pompadours, Stiefel, Gurte, Schlipse, Schals, Hüte aus Aluminium, und es ist gar nicht abzusehen, welche Möglichkeiten dieses schöne, nicht teure Material noch in sich birgt.

Es ist auch nicht abzusehen, was noch alles gesponnen und webt werden dürfte. In den Teppichwebereien benutzt man bekanntlich schon Papier als Füllschuß. Was wird sonst noch alles der Textilkunst dienstbar gemacht werden?

Verbesserung des Verfahrens beim Samtschneiden. Um Fehlschnitte zu vermeiden, ist eine Auslösung für den Messerschleifen konstruiert worden, welche selbsttätig wirkt. Sie ist für Schneidvorrichtungen bestimmt, bei denen das Messer über die ausgespannte Gewebbahn geführt wird. Dies geschieht mittels eines Schlittens, welcher als Gleitplatte ausgebildet ist. Die den Messerhalter tragende Gleitplatte wird durch eine Schiene mitgenommen. Diese ist an dem Schurenzug befestigt. Ihren Stützpunkt erhält die Schiene (Mitnehmmaschine) durch zwei horizontal liegende Federn, welche an bereits erwähnter Gleitplatte befestigt sind. Die Federkraft wird durch federnde Druckbolzen geregelt. Bei einem Fehlschnitt wird die Verbindung zwischen Gleitplatte und Schnur gelöst. Demzufolge wird bei etwaiger Weiterführung der Schnur die Gleitplatte von dieser nicht mehr mitgenommen.

der unteren Volksklassen, sondern muß sein: heraus aus dem Sumpfe des Elends, in den der Kapitalismus sie niedergedrückt hat, und lichteren, sonnigeren Höhen entgegen!

Von diesem Gedanken waren auch drei stark besuchte Ende Oktober abgehaltene Textilarbeiterversammlungen durchdrungen, die den Bericht der Lohnkommissionen entgegennahmen und einstimmig einer Resolution zustimmten, in der niedergelegt war, daß die Textilarbeiter ihre Forderung aufrecht erhalten und in Kürze erneut an die Unternehmer herantraten würden.

Die Zeit ist nicht mehr fern, wo in der Baumwollindustrie wieder ein äußerst guter Geschäftsgang vorherrschend sein wird, in der, wie die Unternehmer schon jetzt zugeben, bedeutend höhere Gewinne zu erwarten sind. Die Arbeiterschaft ist gewillt, an diesen Gewinnen in Form von höheren Löhnen teilzunehmen. Deshalb heißt es für alle: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Nur in der Vereinigung liegt die Kraft, die der Arbeiterchaft ein besseres Dasein schafft.

Empfindet fortan jeder Arbeiter es als eine brennende Schmach, wenn innerhalb seiner Familie sich unorganisierte Glieder befinden, dann hat er den Solidaritätsgedanken richtig in sich aufgenommen. Trachtet dann auch jeder Arbeiter danach, eine derartige Schmach auszutreiben und aus der Welt zu schaffen, dann ist auch Gewähr dafür vorhanden, daß auch die Eulengebirgs-Textilarbeiterchaft im Emanzipationskampfe sich Vorbeeren erringen wird. Arbeitet jeder also mit dahin, daß allen Eventualitäten gegenüber ein reißes und gerüstetes Geschlecht in die Schranken zu treten vermag.

S. L.

### Die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen und die Kolleginnen.

Nach § 13 Abs. 3 unseres Verbandsstatuts haben die Neuwahlen zu den Filialverwaltungen regelmäßig im Monat Dezember stattzufinden und sind die neuen Adressen an den Zentralvorstand zu senden.

Die große Zahl unserer weiblichen Mitglieder läßt es wünschenswert erscheinen, daß tunlichst in allen Körperschaften innerhalb unserer Organisation Kolleginnen zur Mitarbeit herangezogen werden. In den letzten Jahren ist erfreulicherweise das Interesse der Kolleginnen, am Ausbau unserer Organisation tatkräftig mitzuwirken, ein lebhafteres geworden. Die Orte, wo wegen Mangel geeigneter weiblicher Personen Kolleginnen für die einzelnen Posten im Verwaltungskörper nicht in Frage kommen, sind wohl, wenn überhaupt, nur in ganz geringer Zahl noch vorhanden. Wir haben Fortschritte gemacht, wir haben aus den Reihen unserer Kolleginnen heraus eine beachtenswerte Zahl von Mitarbeiterinnen sich heranbilden sehen, die durch ihre Tätigkeit beweisen haben, daß es ihnen Ernst damit ist, am Ausbau und der Verwaltung unserer Organisation mitzuwirken. Es sei auch zu den bevorstehenden Neuwahlen wieder darauf hingewiesen, daß es im Interesse unserer Kolleginnen selbst, wie auch im Interesse der Verwaltungen gelegen sein muß, Kolleginnen in die Vorstände zu wählen, sowie auch bei der Einsetzung von Kommissionen, Wahl von Arbeiterausschüssen usw. Kolleginnen mit zur Wahl vorgeschlagen. Im Verein mit den Ortsverwaltungen sind es in erster Linie unsere weiblichen Vertrauenspersonen, die es sich müssen angelegen sein lassen, Propaganda für die Wahlveranstaltungen unter den Arbeiterinnen zu machen, die weiblichen Kandidaten aufzustellen oder solche den Ortsverwaltungen vorzuschlagen. Es ist weiter lebhafte Propaganda für die Filialgeneralversammlung unter den Arbeiterinnen zu machen, weil es viel eindrucksvoller ist, wenn die weiblichen Kandidaten mit großer Majorität der Kolleginnen gewählt werden, als daß gesagt werden muß, trotzdem die Kolleginnen sich um die Generalversammlung nicht kümmerten, haben wir auch weibliche Personen in Vorstand und Kommissionen gewählt. Wo man schon Kolleginnen mit zu den Verwaltungsarbeiten herangezogen hatte, haben die Erfahrungen gute Resultate gezeigt, die zur Nachahmung den Verwaltungen empfohlen werden können, die bisher etwa noch Bedenken bei der Mitarbeit der Kolleginnen in der Verwaltung hatten. Solche Bedenken werden am besten dadurch zerstreut, daß allerorts die Kolleginnen auf das lebhafte für die Aufstellung und Wahl weiblicher Personen agitieren und damit beweisen, daß das leider noch oft gehörte Gerede über die Gleichgültigkeit der Kolleginnen nicht mehr angebracht ist und endlich ganz verstummen muß. Es liegt an den Kolleginnen selbst, durch die Tat zu beweisen, daß sie sich nicht nur an allem beteiligen wollen, sondern daß sie auch befähigt sind, übernommene oder übertragene Pflichten zu erfüllen, Ehrenämter der Organisation zu bewältigen zu können. Der Beweis des „Könnens“ entkräftet am besten alle noch bestehenden Bedenken und Zweifel.

Die Ortsverwaltungen werden hierdurch erjucht, wenn am Ort Agitations-, Lohn- oder andere Kommissionen bestehen, zu denen Kolleginnen gehören, auf der Rückseite des dem Zentralvorstand einzuliefernden Adressenformulars darüber unter Angabe der Namen der Kolleginnen zu berichten, damit einmal ziffernmäßig festgestellt werden kann, in welchem Umfang sich die Kolleginnen an der Mitarbeit beteiligen, was bisher leider noch nicht möglich war.

### Der siebente Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1909.

Der siebente Jahresbericht des Internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen für 1909 enthält die Berichte von 26 dem Sekretariat angeschlossenen Ländern mit über 6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern. Neu hinzugekommen ist diesmal Rumänien, während in Rußland die Reaktion noch immer jede Verbindung der vereinzelt bestehenden Gewerkschaften unterdrückt. Mit gewerkschaftlichen Organisationen in der Türkei wurden die ersten Verbindungen angeknüpft. Von europäischen Ländern stehen noch Portugal und Griechenland sowie Montenegro der Gewerkschaftsbewegung fern. Von außereuropäischen Ländern sind bisher nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Internationalen Sekretariat angeschlossen. Die argentinischen Gewerkschaftskreise, mit denen das Sekretariat in Korrespondenz steht, wären dem Anschluß längst nähergetreten, wenn sie nicht ständig unter der Verfolgungsmut ihrer Regierung zu leiden hätten. Mit den australischen Gewerkschaften steht das Sekretariat seit einem Jahrzehnt in ständigem Austausch; indes ist dort noch keine ernstere Neigung hervorgetreten, sich dem Sekretariat anzuschließen, wahrscheinlich deshalb, wie der Generalsekretär des Kartells von Queensland schreibt, weil es an einer Zentralinstanz sämtlicher Gewerkschaften des australischen Staatenbundes fehlt. Alle Bemühungen, eine solche Zentrale zu schaffen, zeitigten bisher kein Ergebnis.

Die Gesamtmitgliederzahl aller Gewerkschaften in den 20 angeschlossenen Ländern betrug 1909: 9 583 493 (gegen 8 669 843 im Vorjahr). Rechnet man dazu Australien mit 239 293 und Argentinien mit 22 457 Mitgliedern, so erhöht sich die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter auf 9 845 243. Inzwischen dürften weiter erhebliche Zunahmen zu verzeichnen sein. Eine Zunahme der Mitglieder von 1908 auf 1909 ist eingetreten in Frankreich, Niederlande, Dänemark, Finnland, Deutschland, Bosnien, Serbien, Bulgarien, Italien und in den Vereinigten Staaten, während für Großbritannien die gleiche Mitgliederzahl angegeben wird und in den übrigen Ländern ein Rückgang sich zeigte, vor allem in Schweden.

Dem Internationalen Sekretariat gehören in 20 Ländern 6 008 262 Mitglieder an. An der Spitze aller Länder marschiert Deutschland mit 1 832 667 Mitgliedern. Die Vereinigten Staaten

zählen 1 710 433, während in England von 2 406 746 gewerkschaftlich organisierten nur 703 091 der gewerkschaftlichen Landeszentrale angehören. In Österreich stehen den 415 256 Mitgliedern der Landeszentrale 40 145 Außenmitglieder, meist tschechisch-slawische Sonderbündler, gegenüber. In Frankreich umfaßt die Landeszentrale nur 357 764 von insgesamt 977 350 Gewerkschaftlern, und in den Niederlanden nur 40 628 von 145 000. In folgender Uebersicht stellen wir den Anteil der Landeszentralen an der Gesamtzahl der organisierten der einzelnen Länder vom Jahre 1909 dar:

Table with 4 columns: Land, Anzahl der Landeszentrale, Gesamtanzahl der Mitglieder, Anteil in Prozent.

Die Entwicklung des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen wird durch folgende Zahlen veranschaulicht:

Table with 3 columns: Jahr, Anzahl der Landeszentralen, Gesamtanzahl der Mitglieder.

Dem Bericht des Internationalen Sekretärs ist zu entnehmen, daß das Berichtsjahr den Anstoß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes brachte, dessen Vorsitzender Campers an der 6. Konferenz der Landeszentralen in Paris teilnahm. Seitdem hat die amerikanische Landeszentrale die ihr angeschlossenen Organisationen aufgefordert, Gegenseitigkeitsverträge mit den europäischen Gewerkschaften abzuschließen, was auch teilweise schon geschehen sei. Ueber den Antrag einer zweiten Organisationsgruppe in den Vereinigten Staaten, der „Workers of the World“, wird die diesjährige 7. Konferenz in Budapest zu entscheiden haben, ebenso über die Zulassung einer zweiten Gewerkschaftszentrale Bulgariens. Beiträge an das Internationale Sekretariat wurden 1909/10 für 5 664 000 Mitglieder in Höhe von 8 649,44 Mk. geleistet. An Streikunterstützung aus Anlaß des schwedischen Großstreiks gingen bei der schwedischen Landeszentrale ein:

Table with 3 columns: Land, Kronen, Uebertrag.

Tabelle I. Einnahmen und Ausgaben der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Table with 7 columns: Land, Angaben sind gemacht für Mitglieder, Prozent der gesamten Mitglieder, Jahres-einnahme, Jahres-ausgabe, Raffenbestand, Ausgaben für Unterstufung insgesamt, Streiks.

Tabelle II. Ausgaben der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1909 für

Table with 10 columns: Land, Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld, Sonstige Unterstützung, Verbandsorgan und Bibliothek, Sonstige Zwecke, Agitation, Propaganda usw., Verwaltung.

Die Abrechnung des Internationalen Sekretärs weist eine Einnahme von 14 492,64 Mk., eine Ausgabe von 10 864,97 Mk. und einen Bestand von 3627,67 Mk. auf. Aus der Statistik des Berichtes sind folgende Uebersichten von besonderem Interesse. Den Fortschritt der Zentralisation in den angeschlossenen Landesorganisationen zeigt die nachstehende Tabelle:

Table with 5 columns: Land, Zentralverbände, Mitglieder, Gesamterweise, Mitglieder, Zusammen Mitglieder.

Eine erhebliche Bedeutung hat die Lokalorganisation außer in Frankreich und Spanien, worüber keine Angaben vorliegen, in Italien, Ungarn und Bulgarien. Doch gewinnt in Italien die Zentralisation von Jahr zu Jahr immer mehr Boden. Die Mitgliederzunahme in den einzelnen Ländern geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Table with 7 columns: Land, Anzahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften (1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909).

Danach verzeichnen eine Zunahme an Mitgliedern die Landeszentralen von Nordamerika um 122 433, Frankreich 82 846, Italien 22 291, Niederlande 9785, England 2154, Dänemark 1412, Serbien 1224, Deutschland 936, Bosnien 573 und Bulgarien 546, eine Abnahme dagegen der Schweiz um 1174, Norwegen 3642, Spanien 3928, Belgien 4010, Finnland 4081, Ungarn 16 788, Schweden 67 697 und Oesterreich 67 023. Die größte prozentuale Abnahme (35,74 Prozent) hat Schweden zu verzeichnen; sie ist auf den Großstreik

zurückzuführen, der den Organisationen große Verluste durch Austritte und Auswanderung brachte. Der Rückgang in Oesterreich ist eine Folge der tschechischen Gewerkschaftszersplitterung.

Die Einnahmen und Ausgaben der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften stellen wir in den Tabellen I und II zusammen. Die Tabelle I zeigt die Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und Kassenbestände sowie die Ausgaben für Streiks und Unterhaltungen insgesamt, während die Tabelle II eine spezialisierte Uebersicht der Ausgaben gibt.

Zu diesen Uebersichten ist zu bemerken, daß die Landeszentrale Englands außerstande war, nähere Angaben von ihren Organisationen zu erhalten, da sich diese angeblich nicht verpflichtet fühlen, solche Statistiken anderen Stellen als den Behörden ihres Landes zu liefern. Ueber diese Gepllogenheiten wird hoffentlich mit den englischen Kameraden auf der Budapest Konferenz ein ernstes Wort geredet werden.

hinguzurechnen. In Bosnien ist bei der Krankenunterstützung das Sterbegeld eingeschlossen. Die Angaben Italiens werden als unvollständig bezeichnet. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der Landeszentralen selbst gibt die Tabelle III wieder. Hier fehlen die Angaben von Frankreich, Belgien, Spanien und den Vereinigten Staaten.

Zu dieser Uebersicht bemerken wir, daß in Oesterreich außer den unter Sammlungen für Streiks angegebenen Summen die Organisationen einen Monatsbeitrag von 5 Heller pro Kopf der Mitglieder an den Solidaritätsfonds zahlten.

In der Tabelle IV endlich stellen wir auch diesmal eine Uebersicht über die Beitragshöhe der angeschlossenen Gewerkschaften zusammen, die 2 647 890 Mitglieder in 9 Ländern umfaßt. Die Beiträge sind als Jahresbeiträge in Frank angegeben.

Danach zahlten einen Jahresbeitrag bis zu 20 Frank 628 239 Mitglieder oder 23,7 Proz. (1908: 30,8 Proz.); 20 bis 40 Frank 1 780 680 Mitglieder oder 67,2 Proz. (1908: 62,0 Proz.) und über 40 Frank 238 879 Mitglieder oder 9,1 Proz. (1908: 7,2 Proz.) der Gesamtzahl. Ein Aufstieg zu höherer Beitragszahlung ist unverkennbar. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Uebersicht wie auch die übrigen Statistiken derart vervollständigt würden, daß künftig sich alle Länder an den Angaben beteiligen.

Damit haben wir das Wesentlichste aus dem allgemeinen Teil des Internationalen Berichtes wiedergegeben. In einem folgenden Artikel werden wir den Stand der Organisationen in den einzelnen Ländern näher würdigen. („Correspondenzblatt.“)

Tabelle III. Einnahmen und Ausgaben der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1909.

Table with 13 columns: Land, Einnahmen (Beiträge, Sammlungen für Streiks, Sonstige, Zusammen), Ausgaben für (Bücher, Zeitungen, Agitation, Streiks und Aus-sperrungen, Verwaltung, Sonstiges, Zusammen), Kassenbestand am Schluß des Jahres.

Tabelle IV. Die Jahresbeitragsleistung der den Landeszentralen angeschlossenen Mitglieder.

Table with 14 columns: Zahl der Mitglieder der Landeszentrale in (Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Bulgarien, Schweiz), Anzahl, In Proz., Gesamtanzahl Mitglieder.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie Deutsches Reich.

In Welsche kann die Bewegung der Futearbeiter und -arbeiterinnen als vorläufig beendet angesehen werden. (Siehe auch „Berichte aus Sachst.“)

In Bremen währt der Streik der Futearbeiter noch fort. In Kiel währt die Bewegung der Posamentierer fort; wenigstens ist uns keine Aenderung gemeldet worden.

In Leuben bei Dresden sind 40 Spitzenweber der Valencienne in Streik getreten.

Ausland.

Schweiz. Der Kampf in Fahrwangen abgebrochen. Nachdem die wiederholten Versuche, mit den Strohindustriellen in Weiserfchwanden und Fahrwangen eine Verständigung anzubahnen, gescheitert waren, sah sich die Leitung des Schweiz. Textilarbeiterverbandes im Einverständnis mit der Arbeiterkammer von Fahrwangen und der Leitung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes veranlaßt, den Kampf in Fahrwangen abzubrechen.

Aus der Bewegung in anderen Berufen. Deutsches Reich.

Für eine sofortige Lohnbewegung der Ruhrbergleute erklärte sich eine der am Sonntag, den 12. November, im Ruhrgebiete abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen. In der Versammlung in Lünen, die von über 1000 Personen besucht war, wurde nach dem Referat des Redakteurs Bokorny eine Resolution angenommen, in der die Vorstände der Bergarbeiterorganisationen aufgefordert werden, sofort Lohnforderungen zu formulieren und den in Frage kommenden Instanzen zu unter-

breiten. Die Bergarbeiter werden weiter in der Resolution aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß es ihnen mit der Lohnbewegung bitter ernst sei. Diese Resolution ist den Vorständen der vier in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen zugestellt worden.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Die Scharfmacher unter den Tabakindustriellen scheinen selbst in ihren eigenen Reihen nicht ungeteilten Beifall mit ihrer Draufgängerei zu finden. Zwar versuchen sie es in der Öffentlichkeit zunächst mit dem Trick, sich als die unschuldigen Angegriffenen hinzustellen, die sich in der Abwehr befinden. Doch dieser Trick wird wohl im Allgemeinen nicht gelingen. Hat doch diese Art der Darstellung des Kampfes selbst in der Versammlung des Unternehmerverbandes, die kürzlich in Berlin stattfand, keinen rechten Glauben gefunden, weshalb der Antrag des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes, alle organisierten Tabakarbeiter Deutschlands auszusperrn, keine Gegenliebe fand. Die Unternehmer beschließen nur folgende Resolution: „Die heute in Berlin tagende Bundesversammlung des Arbeitgeberbundes der deutschen Zigarrenindustrie spricht einmütig ihren im Abwehrkampf gegen die organisierten Tabakarbeiter stehenden westfälischen und hanseatischen Mitgliedern ihre volle Sympathie aus und sichert ihnen ihre nachhaltige Unterstützung zu. Alle sich daraus ergebenden Maßnahmen bleiben dem Vorstand überlassen.“ Den eventuellen Maßnahmen des Bundesvorstandes sehen die Ausgesperrten mit aller Ruhe entgegen. Außer dem Schutze, den die Ausgesperrten bei den Arbeitern Deutschlands genießen, erhalten sie jetzt auch noch den Schutz der organisierten Konsumvereine. An alle Konsumvereine Deutschlands, die über Entstehung und Entwicklung der Aussperrung unterrichtet wurden, mit Beifügung der Mitgliederlisten derjenigen Unternehmerverbände in der Zigarrenindustrie, die die organisierten Tabakarbeiter aussperrten, ist das Ersuchen gerichtet worden, in diesem Kampfe ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Ebenso sind auch alle Leitungen von Volks- und Gewerkschaftshäusern, Arbeitervereinshäusern und Arbeitervereinslokalen unterrichtet worden. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Arbeiter Deutschlands, übt Solidarität!

Die Vieh- und Fleischtransportkutscher von Richter in Berlin streifen schon seit Wochen, dabei nimmt die Polizei von Tag zu Tag immer mehr zugunsten des Unternehmers Partei. Nicht genug, daß die Fuhrwerke von Richter, welche jetzt durch gewerkschaftliche Streikbrecher, die aus Wisnjar gekommen sind, geführt werden, durch uniformierte und Kriminalschutze, letztere in allen möglichen Verkleidungen, begleitet werden, sondern die Polizei geht auch mit den allerschärfsten Mitteln gegen die Streikenden vor. Sobald sich ein Streikposten in den angrenzenden Straßen, wo der betroffene Betrieb liegt, blicken läßt, wird er zur Polizeiwache gebracht. Bei der Verhaftung von Streikposten spielt der Buchhalter von Richter, H. Heberich, eine große Rolle. In Begleitung von Schutzleuten geht er die Straße auf und ab. Sobald er einen streikenden Kutscher gewahrt wird, zeigt er mit der Hand auf diesen, worauf die Arretierung des Betroffenen erfolgt. Auf der Polizeiwache ist verhafteten Streikenden angedroht worden, sobald sich noch einer von den Kutschern als Streikposten auf der Straße sehen lassen sollte, würde er nach dem Alexanderplatz in Untersuchungshaft geführt werden. In der Tat hat denn auch die Polizei am Sonnabend voriger Woche in früher Morgenfrunde 5 Kutscher in ihren Wohnungen, wovon zwei in einem der Firma gehörigen Hause wohnten, verhaftet und nach dem Alexanderplatz in Untersuchungshaft abführen lassen. Weshalb die Verhaftung vorgenommen wurde, ist den Betroffenen nicht gesagt worden. Der Transportarbeiterverband hat sofort Schritte unternommen, daß die Haftentlassung bewirkt wird.

Ausland.

England. Zum bevorstehenden Generalstreik der Bergarbeiter in Großbritannien. Die Konferenz der britischen Bergarbeiterverbände, die am 14. und 15. d. M. in London tagte, beschloß mit einer Mehrheit von 128 000 Stimmen, die Urabstimmung über den Beginn des Generalstreiks bis zum 20. Dezember zu vertagen. Inzwischen sollen die Unternehmer zu einer nationalen Konferenz mit der Vertretung der Bergarbeiterföderation eingeladen werden, um die Lohnfrage zu besprechen. Auf der Konferenz wurde berichtet, daß die Bergwerksbesitzer in Mittelengland prinzipiell den Minimallohn bewilligten, dagegen haben die Bergwerksbesitzer in Nordengland und Schottland ziemlich unbedingt die Minimallohnforderung abgelehnt, während die Bergwerksbesitzer in Südwales die Forderungen unbedingt abgelehnt haben. Die Stimmung in der Konferenz war eine sehr erregte; insbesondere waren die walesischen Bergarbeiter über die Haltung der Bergwerksbesitzer außerordentlich erbittert. Die Stimmung für einen Generalstreik ist unter den britischen Bergleuten sehr stark verbreitet.

Soziales.

Vom Gefinberecht. Der 17-jährige Junge einer Witwe auf der Insel Rügen war bei einem Gutsbesitzer als Pferdejunge vermietet. Am 5. August dieses Jahres erschien er erst früh um 6 Uhr zur Arbeit, anstatt um 5 Uhr. Seine Entschuldigung, er könne nicht früher kommen, weil er täglich bis spät in die Nacht arbeiten müßte, brachte den Gutsbesitzer in Wut. Erst goß er dem Jungen einen Eimer Wasser über den Leib, dann fragte er seine dabei stehende Ehehälfte, ob er den Jungen mal ordentlich verprügeln solle. Und als diese mit der bei solchen Leuten angeborenen Herzensroheit die Bejahung, ergriff der Mann eine Forke und holte zum Schläge aus. Dem Jungen mußte es nichts, daß er seinen Stock hochhielt, um den Schlag abzuwehren. Dieser traf ihn vielmehr so heftig, daß der rechte Unterarm gebrochen wurde. Der Arzt in Gising ordnete sofort seine Ueberführung ins Krankenhaus in Bergen an, wo er vom 5.—29. August in Behandlung war. Nach dem Gutachten des Krankenhausarztes „war der rechte Ellenbogen in seiner Mitte gebrochen. Es handelte sich um eine sogenannte Barrierefraktur, wie sie entsteht, wenn zur Abwehr von Schlägen der Arm vorgehalten wird.“ Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus war der Junge längere Zeit arbeitsunfähig. Seine Mutter hatte beim Amtsvorsteher sofort Anzeige erstattet. Sie hörte aber nichts von einer Strafverfolgung, weshalb sie Anfang Oktober die Anzeige schriftlich beim Staatsanwalt wiederholte. Wer aber nun etwa glaubte, daß der Gutsbesitzer einen Denzettel erhalten würde, der hatte sich getäuscht. Der Erste Staatsanwalt beim kgl. Landgericht Greifswald teilte der armen Witwe, deren Sohn zum Krüppel geschlagen war, am 7. Oktober dieses Jahres mit, daß er es ablehne, gegen den Bauernhofbesitzer Karl Dieblich zu Wölln wegen der in der Anzeige vom 17. August (!) behaupteten gefährlichen Körperverletzung Anklage zu erheben. Der Bescheid fährt dann mit der beim preussischen Staatsanwalt gewohnten Objektivität also fort: „Nach den nicht widerlegten (?) Angaben des Beschuldigten hat dieser erst zuge schlagen, nachdem Ihr Sohn einen Knüttel hochgehoben und damit zu schlagen gedroht hatte. Ist das aber der Fall, so hat der Beschuldigte lediglich einen Angriff abgewehrt und sich damit nicht strafbar gemacht.“ Wie solche Ermittlungen angeestellt werden, kann man sich denken. Der Gutsbesitzer wurde gefragt und verneinte natürlich jede Schuld. Das genügt dem Staatsanwalt, um den großen starken Gutsbesitzer als die verfolgte Unschuld, den erst dem Knabenalter erkrankenden schwächlichen Jungen aber als Angreifer zu betrachten. — So wirkt der königlich preussische Staatsanwalt als Agitator für die Organisation der Landarbeiter, deren Notwendigkeit, sich gegen unmen schliche Mißhandlungen durch die ländlichen Arbeitgeber zu wehren, er dem Gleichgültigsten klarmacht.

Volkswirtschaft.

Die Konjunktur. Daß die deutsche Produktion, bei aller Erregung und Depression der Börsen, ihre Aufwärtsbewegung nicht eingebüßt hat, zeigen, schreibt Max Schippe l in seiner „M. N.“, unsere großen Montanindustrie. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug im Monat Oktober die Roheisenerzeugung für Deutschland und Luxemburg 1 394 941 Tonnen, gegen 1 250 702 Tonnen im September 1911 und 1 291 379 Tonnen im Oktober 1910. Nicht nur alle letztjährigen Oktoberziffern, sondern alle früheren Monatsziffern überhaupt sind damit überflügelt. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Oktober 1911 stellte sich auf 12 842 690 Tonnen gegen 12 213 908 Tonnen in den gleichen Zeitabschnitten des Vorjahres. Die Preisstellung hat sich gleichfalls, nachdem dem Höhepunkt 1907 rasch ein Niedergang folgte, zuletzt fortwährend günstiger gestaltet, mit Ausnahme des noch immer ziemlich gedrückten Stabeisens. An der Düsseldorfer Montanbörse notierte man folgende mittleren Preise pro Tonne:

Table with 10 columns: Monat, Preis pro Tonne. Rows include Roheisen, Stabeisen, Grobbleche, etc.

Nicht für das ganze Reich, wohl aber für Preußen liegt jetzt die detailliertere Statistik der Roheisenerzeugung für die ersten drei Vierteljahre vor. Danach hat die Förderung von Steinkohlen bei durchschnittlich 267 im Betrieb gewesen Werken eine Höhe von 112,96 Millionen Tonnen erreicht. Sie liegt damit um 6,85 Millionen Tonnen oder 6,46 Proz. über der des gleichen Zeitraumes im Jahre 1910. Die Braunkohlenförderung betrug 44,13 Millionen Tonnen in 346 betriebenen Werken und lag damit um 3,25 Millionen Tonnen oder 7,96 Proz. über dem Vorjahr. Das alles

weist auf durchaus günstige Verhältnisse in der Mehrheit unserer Industrien hin. (In diese Mehrheit ist die Textilindustrie aber nicht mit eingegriffen. N. d. L.)

Saatenstand in Deutschland. Für den Saatenstand in Deutschland Anfang November 1911 sind nach der Zusammenstellung des Reichlichen Statistischen Amtes, die für die einzelnen Staaten und Landesteile im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wird, die Notizen folgende: — Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 bedeutet gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering, 5 sehr gering; die Zwischenstufen sind durch Dezimalen bezeichnet —

Winterweizen 2,5  
Winterroggen (auch mit Beimischung von Roggen und Weizen) 2,0  
Wintergerste 2,5

200 Proz. Dividende. Die Internationale Bohrergesellschaft zu Ereleng (Aheinland) ist bekannt durch die fabelhafte Höhe ihrer Gewinne. Einen direkt mahnwürdigen Rekord erzielte sie damit in den Jahren 1906 und 1907, als sie 500 Proz. Dividende zur Verteilung brachte. Im Jahre 1908 konnte die Bohrergesellschaft „nur“ noch 100 Proz. dem Schaaffhauseischen Bankverein als dem alleinigen Besitzer ihrer Aktien überweisen. Dann kamen die zwei mageren Krisenjahre 1909 und 1910, in welchen eine Dividende nicht zur Auszahlung kam. Immerhin hat das Interne und auch in diesen beiden Jahren ein paar Millionen Mark Ueberschuss abgemessen, sie wurden nur nicht ausgeschüttet, sondern „vorgetragen“. Mit dem Abschluß des Geschäftsjahres 1910/11 hat sich der Gewinn jedoch schon wieder soweit angehäuft, daß, um damit zu räumen, wenigstens die kleine Hälfte als Dividende abgestoßen werden mußte. Das Aktienkapital beträgt 1 000 000 Mk. Angesammelt hat sich während der Krise ein Reingewinn von 4 332 135 Mk. Da macht die Gesellschaft eine hübsch glatte Rechnung. Sie gibt 2 Millionen als Dividende und trägt den Rest von 2 332 135 Mk. auf neue Rechnung vor. Ein Notpennig, der erst richtig bewertet wird, wenn man weiß, daß die Bohrergesellschaft durch ihre reichlichen Abschreibungen schuldenfrei ist und nebenher noch einige Fonds in Reserve hat. Die Internationale Bohrergesellschaft besteht erst seit 1895. Sie hat aber in dieser Zeit rund 16 Millionen Mark an Dividende ausgeschüttet. „Verdient“ haben diese Summe aber nicht die Kapitalisten des Schaaffhauseischen Bankvereins — nur eingetragene wurden sie von diesen. Erarbeitet wurden die Millionen von den Arbeitern der Bergwerke und von den Abnehmern und Verbrauchern der gewonnenen Erdschätze. Diese sind es, die in Gestalt von zu wenig erhaltenem Arbeitslohn und zu hoch gestellten Preisen für Kohle, Salz, Petroleum usw. die 16 Millionen Reingewinn aufbringen mußten. Der Gedanke hiebei muß doppelt aufreizend wirken zur gegenwärtigen Zeit, wo die Teuerung überhand nimmt und große Teile des Volkes zum Hunger verdammt. Davon spüren allerdings diejenigen nichts, die 200 Proz. Dividende beziehen und denen fürs nächste Jahr eine noch viel höhere Ausbeute winkt.

### Gesundheitswesen.

Für und wider die Heilanstalten. Während von den deutschen Versicherungsanstalten und dem Zentralkomitee zur Errichtung von Heilanstalten zu den bestehenden Anstalten immer noch neue errichtet werden, während man in Belgien daran ging, durch Gründung von Aktiengesellschaften neue Heilanstalten zu errichten, machte sich in ärztlichen Kreisen langsam, aber nachhaltig ein Umschwung in der Ansicht über den Wert der Heilanstalten bemerkbar. Aus der medizinischen Klinik in Marburg ist eine Arbeit von Dr. Stadler erschienen, die mit Hilfe der Statistik nachweist, daß die Heilanstaltenbehandlung Leben und Arbeitsfähigkeit bei ein Fünftel bis ein Viertel der Kranken im ersten oder zweiten Stadium nur um ungefähr drei Jahre zu verlängern imstande ist. Aber diese Zeit hinaus vermögen sie die Sterblichkeit und die Arbeitsfähigkeit der tuberkulösen Arbeiter nicht mehr merklich zu beeinflussen, ein Ergebnis, das mit dem vor einigen Jahren von Regierungsrat Engelmann publizierten ziemlich genau übereinstimmt. Dieser wies nämlich nach, daß bei 2147 in Heilanstalten Behandelten nach 3 1/2 bis 4 Jahren vier Fünftel gestorben oder gänzlich erwerbsunfähig waren. Besonders interessant ist der Umschwung, der in den maßgebenden Berliner ärztlichen Kreisen eingetreten ist. Während dort noch bis vor Jahren die Lehre verbreitet war, daß nur in der Heilanstaltenbehandlung das Heil liege und jedes Klima ein Hilfsmittel für die Genesung biete, wurde später in der „Berliner medizinischen Gesellschaft“ an den Erfolgen der Heilanstaltenbehandlung die schärfste Kritik geübt. Während man den Nutzen der Heilanstaltenbehandlung darin sieht, daß sie das Volksgewissen wecken, waren es vor allem die Professoren Senator und Fränkel, welche eine neue Marschroute in der Bekämpfung der Schwindsucht vorschlugen. Geh. Rat Senator hält es für genügend, wenn die jetzt im Anfangsstadium der Tuberkulose befindlichen und in die Heilanstalten aufgenommenen Kranken sich klimatischen Kuren im Gebirge und an der See unterziehen. Tatsächlich besitzt das Seeklima nach Beobachtungen, die Dr. Lindemann bezüglich Helgolands machte, und die er in der „Zeitschrift für das Gesundheitswesen“ veröffentlichte, durch die Reinheit der Luft, durch den Reichtum an Sauerstoff, den hohen Luftdruck und den Salzgehalt derselben sowie durch die stärkende Luftbewegung besondere Vorzüge für Lungentränke. Auch wird vorgeschlagen, Patienten ohne Ausnahme in die allgemeinen Genesungsheime zu schicken. Erhöhte Aufmerksamkeit wendet man jetzt allenfalls den im vorgerückteren Stadium der Tuberkulose befindlichen Kranken zu, für welche bis jetzt gar nichts geschieht und welche gerade für ihre Umgebung die größte Gefahr der Ansteckung bieten. Es wird jetzt von vielen Seiten die Notwendigkeit betont, für diese Kranken Siechenhäuser und Invalidenanstalten zu gründen, ja von namhafter Seite das Verlangen ausgesprochen, die jetzt bestehenden Heilanstalten gerade für diese Kranken zu reorganisieren. Auch Professor von Behring sprach sich in seinem bekannten Vortrag im „Verein für innere Medizin“ in Wien bei aller Anerkennung des Nutzens der Heilanstalten hinsichtlich ihrer Dauererfolge zurückhaltend aus. Auch die beste Heilanstaltenbehandlung ist nicht imstande, den Patienten dertat zu setzten, daß er nach der Entlassung den Widerwärtigkeiten seiner sozialen Lage gewachsen ist, noch weniger ist sie imstande, die Zahl der Tuberkuloseansteckungen zu mindern. Darauf legt Behring aber den Hauptwert und er verlangt deshalb ebenfalls zur Verstopfung der ständig fließenden Infektionsquellen die Errichtung von Abflüssen oder Heimstätten für Menschen mit offener Tuberkulose.

### Gerichtliches.

Cart und milb. Unter Vorsitz des durch einen eigenartigen Ausspruch bekannt gewordenen Amtsgerichtsrats Dr. Lottermooser — der Herr meinte, der Richter stehe zu dem Angeklagten wie der Offizier zu seinem Untergebenen — verhandelte das Schöffengericht in Dresden gegen einige Streikfänger. So wurde ein Arbeiter, der bei dem Streik der Schokoladenarbeiter in Dresden der „Ghre“ einiger arbeitwilliger Mädchen zu nahe getreten sein soll, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Sein Verbrechen bestand in der Hauptfache darin, daß er den Schüchen der beiden Arbeitwilligen zu nahe gekommen ist. Die Mädchen erklärten auf Befragen, daß sie dies zwar bemerkt, sich aber nicht verletzt gefühlt hätten. Außerdem hat er die Mädchen durch Worte beleidigt. Wegen Beleidigung und Körperverletzung wurde die hohe Strafe verhängt. — In einem zweiten Falle wurde ein Arbeiter von demselben Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen arbeitwilligen Fensterputzer einen Streikbrecher genannt haben soll. Der Angeklagte bestritt lebhaft, das Wort gebraucht zu haben. Als Belastungszeuge diente ein Arbeitwilliger Salzmann, der wegen Meinens nicht eidesfähig ist. — Auf der anderen Seite kann dieser Amtsgerichtsrat aber auch sehr milde sein. Ein Hilfsarbeiter beim Artilleriedepot, der zwei Schuljungen, die Cicheln in einen Bach schossen, durch 20 Schläge mit einem fingerbreiten Wirtenstock auf das Gesicht gemißhandelt hat, so daß nach ärztlichem

Befund handtellergröße Blutergüsse festgestellt wurden, erhielt 40 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erachtete die Mißhandlung nur als eine einfache Körperverletzung. Ein Wirtenstock sei nach der Art des Gebrauches kein gefährliches Werkzeug.

Darf der Ausschluß aus einer Partei veröffentlicht werden? Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Augsburgs wurde seinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Gauverbandes für Südbayern der Freier Hebele aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschluß, der durch alle Parteinstanzen bestätigt worden ist, wurde unter Angabe der zum Ausschluß führenden Gründe in der „Schwäbischen Volkszeitung“, dem Parteorgan für Augsburg, bekanntgegeben. Gegen diese Bekanntgabe wandte sich nun Hebele und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Simon, Strafantrag wegen Beleidigung und Geschäftsschädigung. In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun der Beschuldigte freigesprochen, nachdem ihm das Gericht den Schutz des § 193 — Wahrung berechtigter Interessen — zugesprochen hatte. Hebele, gegen den wegen beleidigender Äußerungen Widerklage erhoben worden war, wurde zu drei Mark Strafe und Tragung der sämtlichen Kosten verurteilt.

Opyer des Lohnkampfes. 6 Jahre, 10 Monate und 3 Tage Gefängnis- und Haftstrafen sind, wie das „Jahrbuch des deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1910“ mitteilt, im Berichtsjahre wegen sogenannter Streikvergehen über Mitglieder des Verbandes verhängt worden. Daneben wurde noch auf 1471 Mk. Geldstrafe erkannt. Das ist neben den nicht unerheblichen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten das Opfer, das die deutschen Holzarbeiter im Laufe eines Jahres dem „verletzten Recht“ zu bringen hatten. Falsch wäre es aber, aus diesen Zahlen etwa schließen zu wollen, daß die Holzarbeiter ganz besonders zu Gefesbesitzetzungen neigen und deshalb das behördliche Einschreiten in so großem Umfang nötig war. Das Gegenteil ist richtig. Das Jahrbuch führt eine Reihe von Fällen als Beispiele an, aus denen hervorgeht, um welcher Bagatellen Polizei und Gerichte in Bewegung gesetzt wurden. So wurde gegen einen Arbeiter in Halle eine Klage bis zum Landgericht durchgeführt, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt haben soll, „ob er sich nicht schäme, hier zu arbeiten“ oder „es sei nicht schön, hier zu arbeiten“. Ein anderer Holzarbeiter in Kaiserslautern erhielt 3 Tage Gefängnis, weil er einem Arbeitswilligen, der früher Bevollmächtigter des Verbandes war, bei Verlassen des Fabrikhofes mit den Worten: „Dem Verdienste seine Krone“ einen Kranz auf den Kopf setzte. In einem anderen Falle, in Frankenhäusen, wurden Arbeitswillige von einigen übermütigen jungen Leuten im Gänsjarmark nach Hause begleitet. Die Strafe für diesen Frevel lautete auf 3—10 Tage Gefängnis. Solche und ähnliche Vorfälle müssen herhalten, um behördliches Einschreiten zu rechtfertigen. Das genügt aber den Herren Scharfmachern noch nicht, die, wie bekannt, am Werke sind, schärfere Strafbestimmungen für Streikfänger zu schaffen.

### Vermischtes.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin berichtet über das 12. Betriebsjahr (vom 25. Oktober 1910 bis 24. Oktober 1911). Das Institut, das zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann offen steht, hat in dem sechsten abgeschlossenen 12. Betriebsjahr wiederum eine bemerkenswerte gemeinnützige Wirksamkeit entfaltet und eine praxtische Bildungsarbeit geleistet, deren Umfang der Tätigkeit vieler hervorragender staatlicher und städtischer Bibliotheken nicht nachsteht. In der Ausleihbibliothek wurden im 12. Betriebsjahre 66 796 Bände nach Hause verliehen gegen 70 168 Bände im Vorjahre. Die keine Minderung der Verlehuft dürfte auf die außerordentliche und anhaltende Hitze dieses Sommers zurückzuführen sein. In Verlust geraten sind 13 Bände. Von der Gesamtzahl der Entlehnungen entfallen 44 812 Bände auf schöne und 21 984 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4138, Geographie 2082, Naturwissenschaften 4440, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2983, Gernerbefunde, Technik 2793, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2449, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2219 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahr 33 Proz. aller Entlehnungen aus. Insgesamt sind im 12. Jahre 81 286 Bände in und außer dem Hause entleht worden; in den 12 Betriebsjahren zusammen 875 940 Bände. Die Lesehalle wurde im 12. Betriebsjahre von 64 106 Personen gegen 63 020 Personen im Vorjahre, und zwar 61 839 Männern und 2267 Frauen, in den 12 Jahren zusammen von 749 030 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 557 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1988 Bände zählende Nachschlagelbibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen. Die Gesamtzahl der Besucher, die im 12. Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 130 902 Personen. Seit der Eröffnung vor 12 Jahren haben insgesamt 1 464 300 Personen das Institut aufgesucht. — Das Institut ist werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet. Es befindet sich Adalbertstraße 41.

### Berichte aus Fachreisen.

Bamberg. Zur Ferienfrage. In dem Artikel des Kollegen Köffel in Nr. 46 des „Textilarbeiter“, der sich mit der Ferienfrage beschäftigt, wird unter den Orten, in denen die Textilarbeiter heute schon Ferien haben, auch Bamberg genannt, wo Ferien in einem Betriebe gewährt werden bei einer Arbeiterzahl von 158. Um Fehltrümmern vorzubeugen, sei hier erklärt, daß die Ferien in der betreffenden Fabrik, einer Seidenfärberei mit Zwirnerei, nicht etwa allen Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt werden, sondern nur den in der Färberei beschäftigten Kollegen. Die im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen erhalten leider keinen Urlaub, trotzdem gerade sie dringend erholungsbedürftig sind. Vorschlag. Allen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere diesjährige Generalversammlung am Freitag, den 8. Dezember (fast Feiertag), stattfinden soll. Näheres wird noch durch die Unterassessorer mitgeteilt. Wir erwarten von allen Kollegen und Kolleginnen ihre Anwesenheit. Reiner darf fehlen. — Ferner dient zur Kenntnis, daß Kollege Jos. Mikus, Mittelstraße 5017, die Geschäfte als Kassierer leitet. Die Mitglieder wollen sich bei An- und Abmeldung sowie bei Auszahlung von Unterstützung an diesen wenden.

Gainichen. Des öfteren haben in der Fremde für irgendeinen Betrieb geworbene Arbeiter schon erfahren müssen, daß sie nicht auf den Verdienst kommen können, den man ihnen in Aussicht gestellt hatte. Ein solcher Fall kann jetzt auch von hier berichtet werden. Das betreffende Ehepaar — um ein solches handelt es sich — ging nämlich nach dreitägiger Arbeit wieder davon, weil es sich in seinen Erwartungen getäuscht sah. — Man sollte sich doch in allen Fällen vor der Schließung eines Arbeitsvertrages bei der Ortsverwaltung des Verbandes erkundigen.

Landeshut. (Väterliche Fürsorge.) Der Direktor Niepel bei der Firma F. Kinkel betrachtet sich als Vater seiner ihm unterstellten Arbeiter und er will daher auch väterlich für sie sorgen. Die väterliche Fürsorge soll darin bestehen, daß an Stelle der vom Verbands geforderten Lohnerhöhung vom 1. Juli 1910 für die Arbeiterchaft ein Konsumverein errichtet werden soll; ein Anteilchein soll 20 Mk. kosten. Daß bei reger Beteiligung die Warenpreise niedriger als beim Kleinhandler sein können, steht außer Frage; von dieser Seite betrachtet, ließe sich nichts dagegen einwenden, wenn die hiesige Arbeiterchaft überhaupt noch keinen Konsumverein hätte. So aber besteht hier schon seit mehr als 10 Jahren ein moderner Konsumverein, der bestrebt ist, die Arbeiterkonsumenten mit billigen Waren zu bedienen. Bis

jetzt hat es aber nur ein kleiner Teil der Arbeiterchaft für nötig befunden, sich diesem Konsumverein anzuschließen. Die Folge mußte daher die sein, daß der Lohnerhöhung, den andere Arbeiterkonsumvereine nahmen, hier nicht eintrat. Den Schaden hat die Arbeiterchaft selbst. Die modernen Konsumvereine bezwecken doch auch, wo es angeht, Eigenproduktion zu treiben. Dieser Zweck ist nicht hoch genug anzuschlagen. Von Fabrikkonsumvereinen ist aber nie zu ermarren, daß sie auch produzieren; vielmehr zeigte sich stets, daß sie bestimmt seien, indirekt den Interessen des im Produktionsprozeß stehenden Kapitals zu dienen. Nicht die Kinkelsche Arbeiterchaft für den Fabrikkonsumverein gewinnen, dann ist es noch weit schwieriger als bisher, höhere Löhne zu erreichen. Nicht nur auf den Kinkelschen Betrieb trifft dies zu, sondern auf die gesamte hiesige Arbeiterchaft. Man wird dann in den anderen Betrieben einfach auch Konsumvereine errichten und dann den Arbeitern sagen: „Mehr Lohn gibt es nicht, lauft doch die Lebensmittel aus dem Fabrikkonsum!“ Die Textilarbeiterchaft ist zu bedauern, daß sie so wenig für ihre Interessen tut; anstatt sich Auffklärung zu verschaffen, geht die Masse dieser aus dem Wege, schimpft über die Organisation, daß nichts zur Beförderung getan werde, weiß aber nicht, daß gerade die unorganisierten Massen an diesem Zustande selbst mit Schuld tragen. Es wäre notwendig gewesen, einmütig den Plan der Gründung eines Fabrikkonsumvereins abzulehnen. Eine aufgeklärte Arbeiterchaft hätte sich beim Auftauchen dieses neuen Projekts sofort an die Organisationsleitung gewandt, damit diese Schritte dagegen unternehme. Was jetzt vielen als Wohlthat erscheinen mag, wird sich in nicht allzulanger Zeit als Plage herausstellen. Ein Stück Selbstbestimmungsrecht wird wieder beseitigt. Die Arbeiterchaft gerät immer mehr in Abhängigkeit. Hoffentlich nimmt ihre Gleichgültigkeit einmal ein schnelles Ende, damit in raschem Tempo die versäumte Verbesserung des Arbeitsverhältnisses nachgeholt werden kann.

Lauban. (Unerhörte Anmaßung.) Mit dem 1. Oktober 1911 setzten wir mit einer Agitation in Meßersdorf-Gebhardsdorf ein. Wir wollten die Bewegung der Laubaner Taschentuchweber auch auf den Kreis Lauban ausdehnen. Wir gewannen 70 Mitglieder für unseren Verband bei der Firma Werfeld u. Söhne in Gebhardsdorf. Am 13. November ließ der Betriebsleiter Lachmann den Betrieb einhalten und machte bekannt, die Firma werde eine Teuerungszulage geben, und zwar für das Jugend Taschentücher 2 bis 3 Pf., für glatte Ware 4 Pf. pro Meter. Aber es mühten alle Weber aus dem Verbande auszu treten; wer bis Sonnabend nicht ausgetreten sei, der werde entlassen. Die Weber mußten alle ihre Verbandsbücher im Kontor abgeben und unterschreiben, daß sie nicht wieder eintreten. Auch die Unorganisierten mußten unterschreiben, daß sie auch nicht eintreten. Verbandsbücher und Liste sind unserem Filialleiter zugesandt worden. So ein Stück hat sich doch wohl noch keine Firma erlaubt. Es wird zu erwägen sein, welche Gegenmaßregeln zu treffen sind.

Wesche. In einer gutbesuchten Fabrikversammlung nahmen die hiesigen Textilarbeiter Stellung zu dem Ergebnis der Eingabe, betr. eine 15prozentige Lohnerhöhung und einige andere kleine Forderungen. Sehr stark kam die Empörung besonders unter den Ausländern zum Ausdruck über die ablehnende Stellung der Direktion. In der Eingabe war besonders auch an das menschliche Gefühl der Direktion und an ihr soziales Verständnis appelliert worden, aber es hat wenig oder gar nichts genutzt. Keinen Pfennig Lohnzulage will man gewähren; der Kommission wurde von dem Direktor aus Braunschweig glatt erklärt, die Arbeiter und die Arbeiterinnen müßten doch vor allen Dingen auch erst bedenken, daß sie (die Direktion) D. N.) auch leben müßten“. Auch hätten sie doch erst im vorigen Jahr eine Lohnerhöhung Platz greifen lassen, die hätte ihnen auch 90 000 Mk. gekostet, und wenn sie diese noch bewilligen wollten, dann könnten sie noch umal 500 000 Mk. mehr ausgeben, und das gäbe es unter keinen Umständen. Die Anerkennung eines Arbeiterausschusses und der Organisation gibt es auch nicht; nur erst dann, wenn das Gesetz dieses vorschreibt; er unterstelle sich dem Agenten von Braunschweig nicht, und der Arbeiterchaft unterwerfe er sich auch nicht. Bessere Behandlung von den Vorgesetzten ist zugesagt. Desgleichen die regelrechte Auszahlung der den Mitgliedern der Betriebskrankenkasse in Krankheitsfällen zustehenden Krankengelder. Diese gesetzlich zustehenden Rechte wurden anerkannt und der Direktor erklärte sich in Gegenwart des Kassierers bereit, noch von 4 Jahren her an die Mitglieder das Krankengeld auszusahlen! — Das läßt tief blicken. Gute und einwandfreie Behandlung erkrankter Arbeiter und Arbeiterinnen seitens des Kasznarzes ist auch zugesagt. — Kollege König legte den Anwesenden klar, daß er überhaupt von der Braunschweiger Direktion nichts anderes erwartet hätte; denn solange er in Braunschweig sei und die Arbeiter und Arbeiterinnen Forderungen und Wünsche hatten, müßten sie sich die Erfüllung erst erkämpfen. Redner führte zum Beweise dessen mehrere Fälle an. Durch Zahlen wurde nachgewiesen, daß die Direktion wohl in der Lage ist, den Arbeitern die 15 Proz. Lohnerhöhung zu gewähren, nicht 500 000 Mk. brauchte sie von ihrem Gewinn abzugeben, sondern nur 40 000 Mk. Damit hätte man vollständig den Wechsel der Kollegen und Kolleginnen Rechnung getragen und dann hätten auch die Wechsel der Textilarbeiter die Garantie übernommen, daß ganz sicher kein einziger Aktionär oder Direktor an Hungertrophus zugrunde gehe. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute (am 9. November 1911) im Saale des Herrn Greite tagende, sehr stark besuchte Versammlung der in der Jutezinnerei und Webersche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt, daß die glatte Ablehnung der eingereichten Lohnforderung, eine 15prozentige Lohnerhöhung betreffend, nur als eine Verhöhnung der Arbeiterchaft angesehen des durch die ganz besonders niedrigen Löhne und die hohen Lebensmittelpreise vermehrten Elends betrachtet werden kann. Nachweisbar ist, daß die Lebenshaltung der Arbeiterchaft seit 1905 um 20 Proz. verteuert worden ist. Demgemäß würde die Lebenshaltung der hiesigen Jutearbeiter auch nach Beilassung der geforderten 15prozentigen Lohnerhöhung noch lange nicht einmal an die von 1905 heranreichen. Weiterhin ist statistisch nachweisbar, daß auch in dem letzten Geschäftsjahre 12 Proz. Dividende den Aktionären zugesandt worden sind. Aber auch in den übrigen Geschäftsjahren hatte die Dividende die gleiche Höhe und war teilweise noch höher; gab es doch in den letzten 8 Geschäftsjahren nicht weniger als 98 Proz. Dividende und außerdem noch für den Aufsichtsrat an Lantime und Gratifikation 894 844,60 Mk. extra. Die Arbeiterchaft hält voll und ganz ihre Forderungen aufrecht und wird deshalb, falls die Direktion nicht mehr Entgegenkommen zeigt, in aller kürzester Zeit erneut an dieselbe herantreten. Die Arbeiterchaft sieht nunmehr wiederum, daß, wenn sie bloß an das soziale Verständnis der Jutebarone appelliert, wenig oder gar nichts für sie herauskommt. Die Versammelten verpflichten sich deshalb, nunmehr die kräftigste Propaganda für die Stärkung der Organisation, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, zu betreiben, um somit fortan ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen zu können.“

Verbau. In einer am 14. November abgehaltenen öffentlichen Textilarbeiterversammlung sprach Kollege Hermann Krätzig Berlin über: „Welche Aufgaben hat der nächste Reichstag für die deutsche Textilindustrie und ihre Arbeiterchaft zu erfüllen?“ Der Referent verstand es, in seinen zweistündigen Ausführungen den Anwesenden die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Textilarbeiter verständlich zu machen, und unterzog die Haltung der bürgerlichen Parteien des jetzigen Reichstages einer scharfen Kritik. Ganz besonders verurteilte er die jetzige Schreibweise der christlichen „Textilarbeiterchaft“. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der brausende Beifall, welcher Kollegen Krätzig am Schluß seiner Ausführungen gesollt wurde. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, forderte der Geschäftsführer die Anwesenden nochmals auf, im Sinne des Referats bis zur nächsten Reichstagswahl zu wirken, sowie für den Ausbau unserer Organisation fortgesetzt agitatorisch tätig zu sein. Darum: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Literatur.

Arbeiterlieberbuch für Massengefang. (Preis 5 Pf.) 801. bis 330. Tausend. Verlag: A. Gerisch, Dortmund. Vom „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 24. Nummer des 28. Jahrgangs zugegangen. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist Nr. 4 des 22. Jahrgangs erschienen. Von der „Neuen Zeit“ ist das 7. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kronprinzliche Fronde. — Goldproduktion und Leuerung. Von Eugen Varga. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. Von Dionys Jinner. — Die Heimarbeit in Frankreich. Von Paul Louis (Paris). — Die Gestaltung der Fleischpreise. Von J. Karsti. — Literarische Rundschau: Calmes, Die Statistik im Fabrik- und Warenhausbetrieb. Von R. Wolbt. — Zeitschriftenchau. Soeben ist im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard Wolbt. 17. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Vereinspreis 50 Pfennig. Der Verfasser behandelt die großindustrielle Angestelltenbewegung vorwiegend als industrielles Organisationsproblem. „Es kam mir darauf an,“ führt der Autor im Vorwort aus, „die Stellung des Industriebeamten zum Betrieb, zum Arbeiter und zum Unternehmer aus der Struktur der großindustriellen Arbeitsorganisation heraus verständlich zu machen. So sind denn auch die Organisationsfragen verhältnismäßig breit angelegt, um die Probleme herauszuarbeiten, die speziell den Arbeitergewerkschafter an der ganzen Industriebeamtenbewegung interessieren.“ Stimmen über Heinrich von Kleist von bekannten lebenden Autoren bringt zu des Dichters hundertjährigem Todestage die in München erscheinende literarische Wochenzeitschrift „Die Lesende“ in ihrem Heft 46. Es begegnen uns da Namen wie Gerbert Eulenberg, der gehaltvolle Verse beigeleitet hat, Wilhelm Schmidhann, Ferdinand Gregori, Friedrich Lienhard, Richard Schaufal, Michael Georg Conrad usw. Sie haben Interessantes und Bedeutendes über Kleist zu sagen; in ihren Worten kommt zum Ausdruck, wie unsere Zeit über diesen hervorragenden deutschen Dramatiker denkt und wie sie ihn einschätzt. Auch über Kleists Stellung in und zu seiner Zeit und das, was ihn in den freiwilligen Tod trieb, finden sich bedeutsame und tiefe Worte. Anschließend daran bringt das Heft einige Briefe von Kleist aus seinem letzten Lebensjahr, die in grellen Streiflichtern die Tragödie seines Lebens beleuchten.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 26. November, ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf der Zahlkarte, Postcheckkonto 5386, anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Daselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Inlandbriefe von 20—250 Gramm müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Jeder Zuschrift sollten die Absender ihre vollständige Adresse beifügen, damit man in den Fällen, wo sich eine Rückänderung oder eine sonstige Sendung infolge der Zuschrift an den Absender notwendig macht, nicht erst lange nach dessen Adresse zu suchen braucht.

In der Mahnung in voriger Nummer ist auch Bauken mit aufgeführt. Das beruht insofern auf einem Irrtum, als Bauken von dem einzuführenden Gelde 50 Mk. zur Auszahlung von Unterstüßungen zurückbehalten, dies jedoch der Hauptkasse mitgeteilt hatte.

Monatliche Arbeitslorenzählung!

Für die Novemberzählung ist Stichtag Sonnabend, den 25. November. Die graue Zählkarte ist, ausgefüllt, spätestens bis zum 3. Dezember von allen Filialen einzusenden.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

Gau 4. Döhlitz. K.: G. Dohr, Dunkelbergstr. 15.

Bernau. Sämtliche Unterstüßungen werden von jetzt an nur des Sonnabends, abends von 5 1/2 bis 7 Uhr, beim Kassierer Karl Pape, Weinbergstr. 66, ausgezahlt. Hameln a. W. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Heinrich Albert ist verloren gegangen. Mitgliedsnummer 256/194. Geboren am 24. Dezember 1886 zu Niefenberg. Eingetretten den 1. Oktober 1905 in Hameln. Sollte das Buch irgendwo gefunden sein oder sonstwie auftauchen, wolle man es an die Filiale Hameln senden.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Barmen-Eberfeld u. Umg. August Lassick, 25 Jahre alt — Unterleibstypus. Vera. Klara Görtzsch, Spinnerin, 28 Jahre alt — Magen- geschwür. Glandau. Max Köhler, 44 Jahre alt — Magenleiden. Guben. Minna Garke, Weberin, 54 Jahre alt. Kirchhau, Bezirk Dresden. Am 13. November Franz Wefely, 43 Jahre alt — Nervenkrankheit. Landeshut. Franz König, Weber, 53 Jahre alt — Leberleiden. Langenbielau. Am 13. November Heinrich Steiner, Färbereiarbeiter, 20 Jahre alt — Lungen- und Kehlkopf- tarrh. Neugersdorf-Oberoderwitz. Am 15. November in Ruppertsdorf bei Herrnhut Max Döring, Weber — Tuberkulose. Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

In Streit oder Aussperrung befinden sich: Zutearbeiter in: Bremen. Posamentierer in: Kiel. Spitzenweber in: Leuben bei Dresden (Valencienne). In Bewegung ohne Streit befinden sich: Stüdfärber und Appreturarbeiter in: Mittweida (W. Dehner).

Weber und Weberinnen in: Crimmitschau. Lauban. Textilarbeiter überhaupt in: Sorau i. L. Hannover-Linden (Mech. Weberei). Posamentierer in: Basel (Braun, Möbelposamenterie). Annaberg-Buchholz. Schiffensticker, Handsticker und Hilfspersonal in: Berlin. Tamburierer in: Plauen i. V. Spinner und Spinnerinnen in: Crimmitschau (Vigogne). Dielefeld-Bradwede (Vormwärts). Tuchweber in: Aachen (J. J. Meyer). Teppichweber in: Grünberg (Stöckler). Handbrücker in: Dörfel bei Reichenberg i. V.

In Langgäß-St. Gallen (Schweiz) soll von der Posamenterie Wozz Bezug ferngehalten werden, weil die Firma sich bemüht, organisierte Kollegen durch Unorganisierte zu ersetzen. Beugdrucker wollen bis auf weiteres das Rheinland meiden.

Die Kammgarnspinnerei Bietigheim in Bietigheim (Württemberg) bemüht sich fortwährend, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, da sie ihren Arbeiterbedarf infolge der ungünstigen Arbeitsverhältnisse am Orte nicht zu decken vermag. Arbeiter und Arbeiterinnen, welche dort Arbeit nahmen, reisten nach einigen Tagen wieder ab. Die Fabrik gleicht einem Taubenschlag. Die Organisation ist infolge ihrer Schwäche nicht in der Lage, dort irgend etwas zu unternehmen. Es liegt also sowohl im Interesse des einzelnen, als auch der Gesamtheit, Bietigheim zu meiden, um nicht, um eine unangenehme Enttäuschung reicher, wieder abreisen zu müssen.

Weber und Weberinnen sowie Färberei- und Kammgarnspinnereiarbeiter und -arbeiterinnen wollen bis auf weiteres Mhlau-Nehschkau im Vogtland meiden.

Versammlungskalender.

Aachen. Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Frankenberger Bierkeller“. Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5—9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreestr. 17: Zahltag. Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr, bei Lohse, Neue Jakobstr. 26: Zahltag. Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Madde, Neue Jakobstr., Ecke Inselstr. Zahltag. Berlin. (Sektion Weizenjee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leichterstraße: Zahltag. Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Elste, Wallstr. 82—83. Berlin. (Für Noabit.) Zahlstelle: Gohlfowischstr. 24, bei Paschte. Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei A. Döbling. Berlin. (Für Rixdorf-Brick.) Zahlstelle: Bietenstr. 69, bei Kramer. Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87, bei G. Bogzontel. Berlin. (Sektion der Weber.) Jeden Donnerstag, abends von 8—10 Uhr, bei Schulz, Frankfurter Allee 60: Zahltag. Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Köpenicker Straße 167. Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffensticker und des Hilfs-personals.) Jeden Sonnabend, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, in den „Fortunafestjalen“, Straußbergerstr. 3, am Randsberger Platz. Eisenhof. Sonnabend, 2. Dezember. Eningen. Sonntag, 3. Dezember, im „Möhle“. Erlangen. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember. Fürth. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, bei Zid, Wassergasse. Hülft. Jeden Zahltag-Sonnabend, abends 7 Uhr, in der „Traube“. Glandau. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gasthof zum Schwan“. Göppingen. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Hujaren“. Gröna i. S. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Schönsteins Restaurant. Kassel. Freitag, 1. Dezember, im „Gewerkschaftshaus“. Kuchin. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Friegele. Lafr. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Großer Schoppen“. Lengensfeld i. V. Sonntag, 3. Dezember. Leobshüt. Sonnabend, 2. Dezember. Malchow i. Meißlg. Dienstag, 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Tuchmacherherberge“ (Emil Schult). Meerane. Dienstag, 5. Dezember, im Sitzungszimmer, Augustusstraße 38: Frauendistussionsabend. Mezingen. Freitag, 1. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Traube“. Mittweida. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Volks- haus Rosengarten“: Vortrag. Müßlingen. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember. Mülheim a. Rhein. Dienstag, 5. Dezember, abends 7 Uhr, im „Magdeburger Hof“. Mhlau-Nehschkau. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Bährischen Hof“, Nehschkau. Neustadt O.-Schl. Sonnabend, 2. Dezember, im „Gewerkschaftshaus“, Pfamserer Straße 9. Nordhorn. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, bei Klomp. Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Gienke, Wallstraße: Zahltag. Nordlingen. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, im „Roh“. Osabrück. Sonnabend (Samstag), 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Bischofstraße 14/15. Osterode. Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im „Freiheitshof“: Generalversammlung. Pöschel. Mittwoch, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Jarchow, Langestraße 67. Pöschel. Sonnabend, 2. Dezember, in Pestels Restaurant. Reutlingen. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Krug“, Lindenstraße 36. Ronndorf b. Remscheid. Montag, 4. Dezember, abends 7 Uhr, bei Ernst Nadermacher, Eberhardstraße 42. Schiffel. Donnerstag, 30. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Koch, Hamburger Straße 47. Sebnitz. Montag, 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Gasthaus Stadt Wien“. Stettin. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Volks- haus“, Große Oberstraße 18/20, Zimmer 1. Treuen i. B. Sonnabend, 2. Dezember. Urad. Sonntag, 3. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der „Weber- bleiche“ (W. Müller). Zetel. Sonntag, 3. Dezember, in Barel. Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

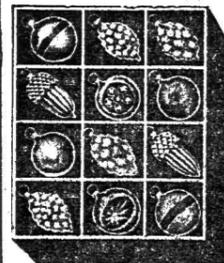
In der Privatklage des Gewerkschaftssekretärs Gerhard Müller in Bamberg gegen den Weber Graf, Wenzel, in Adorf wegen Verleumdung hat das Schöffengericht Elmtern am 26. August 1911 Urteil erlassen. I. Graf, Wenzel, geb. 14. Oktober 1871 zu Königsberg a. d. E., katholisch, verh., Weber in Adorf, ist schuldig eines fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede nach § 186 b. R. Str. G. R. und wird deshalb in eine Gefängnisstrafe von vier Tagen sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt. II. Dem Verleumdigen wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Graf auf Kosten des Verurteilten durch einmaliges Einrüden des Urteilsinhalts in die „Textilarbeiterzeitung“, den „Textilarbeiter“ und das „Hafsurter Tagblatt“ nach eingetretener Rechtskraft des Urteils binnen 14 Tagen öffentlich bekannt zu machen. Auf Berufung des Angeklagten hat das Königl. Landgericht Schweinfurt am 18. Oktober 1911 erkannt: I. Das Urteil des Schöffengerichts beim Königl. Amtsgericht Elmtern vom 26. August 1911 wird im Strafausspruch dahin abgeändert, daß der Angeklagte Wenzel Graf zur Geldstrafe von (60 Mk. m. W. bis) sechzig Mark, umgewandelt für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von vier Tagen, verurteilt wird. II. Im übrigen wird die Berufung des Angeklagten gegen das vorbezeichnete Urteil als unbegründet verworfen. III. Der Angeklagte hat die Kosten seines Rechtsmittels zu tragen. Dieses Urteil ist rechtskräftig. Als Vertreter des Privatklägers Gerhard Müller gebe ich diese Urteile auf Grund der erteilten Veröffentlichungsbefugnis öffentlich bekannt. Bamberg, 18. November 1911. Dr. Hennemann, Rechtsanwalt.

Filiale Aachen.

Am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet im „Frankenberger Bierkeller“ unsere Jahres-Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt. 1. Jahresbericht der Kartelldelegierten. 2. Neuwahlen von Vorstand und Kommissionen. 3. Vortrag: „Das Glend der Textilarbeiter und wie können wir aus der aufsteigenden Konjunktur Nutzen ziehen?“ 4. Mitteilungen bes. Urabstimmung über Lokalbeitrag. 5. Verschiedenes. Ein dringlicher Antrag des Gewerkschaftskartells, Notstand der Arbeiterbevölkerung und Leuerung betreffend, wurde in kurzschichtiger Weise vom Stadtparlament abgelehnt. Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen durfte bei dieser Gelegenheit erklären: „Ein Notstand kann nicht anerkannt werden!“ In der Versammlung heißt es, soweit wir Textilarbeiter bei dem Antrage in Betracht kommen, Protest zu erheben gegen die Art, wie derselbe vom Stadtverordnetenkollegium abgelehnt wurde. Jeder sei zur Stelle. — Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Schmölln S.-A.

Sonntag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr. Generalversammlung im „Restaurant zur Sonne“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Hierzu wird die Kollegenschaft hiermit eingeladen. Der Vorstand.



Bevor Sie weiter kaufen, verlangen Sie erst umsonst und portofrei meine neueste, farbige, prächtig illustrierte Weihnachts-Preisliste für meine unübertroffen, diesjährig. Neuheiten in Glas-Christbaumschmuck (pr. Karton mit 12 Stück zu 20, 25, 30 Pf. usw.), sprechende Buppen, herrliche echte Fischperlenhalsketten usw. Nur die feinste und gediegenste Ware aus erst. Hand zu überaus vorteil. Preis. Kein Risiko. Umtausch gestattet. Gv. Geld zurück. Bei größ. Aufträgen u. für Händler außerord. hohe Rabattvergünstig. Theodor Müller-Hipper Glaswaren-Fabrikant Lauscha S.-M. Nr. 36.

Die solideste und billigste Bezugsquelle für Glas-Christbaumschmuck ist unstreitig die Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes.

Viele glänzende, unverlangte Anerkennungs- und Dankschreiben Steigerung unseres Umsatzes im vorigen Jahre um wiederum 50%. Ein Sortiment der schönsten und prachtvollsten Neuheiten, enthaltend: je 6 große, versilberte, prachtvoll decorierte Glöden, ff. bemalte Eier, Formtugeln, Reflexe, Tannenzapfen, je 4 Äpfel und Weintrauben, je 3 extragroße Lampions, Bögel auf Klemmer, Weihnachtsmänner, Geigen und Gitarre, große besponnene Kugeln, je 2 Kronleuchter, Pfeifen, Birnen, Beeren, je 1 „Hallenfächer“ Komet, prachtvolle Baumspitze, großer Engel mit beweglichen Glasflügeln, Trompete, Posthorn, prachtvoll überponnene Luftballons, Schiff, Olive, 24 Eiszapfen, 120 Stück 19 Millimeter starke Strangtugeln und -Oliven, in Summa 225 Stück Brillant-Glasfaden, sowie ferner 6 Dugend Konfekthalter, 6 Stück Lichthalter auf Klemmer, 1 Paket Engelshaar, alles zusammen für 5 Mark franko gegen Nachnahme. Doppelkisten für 9,50 Mk. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bezgl. 35 Pf. billiger. 10 Sortimentskisten in Bahnsendung per Frachtgut inkl. Bahnfracht 46 Mark. Händler wollen für größere Bezüge unsere Preisliste mit circa 130 Nummern verlangen. Bestellungen bitten wir zu richten an die Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes, c. G. m. b. H. in Lauscha (S.-M.). (Nicht mehr nach Steinach wie früher, da der Sitz jetzt Lauscha.)

Bettmässen

Bettzeug sofort. Alter und Geschlecht angeben! Auskunft umsonst! Institut „Sanitas“, Veilburg, 47, Bayern.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 27. November.

Berlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vormwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.